ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Karl, Hans-Dieter et al.

Article

ifo Branchen-Dialog 2014

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Karl, Hans-Dieter et al. (2014) : ifo Branchen-Dialog 2014, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 67, Iss. 23, pp. 18-49

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/165515

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Am 5. November 2014 fand der diesjährige ifo Branchen-Dialog statt, wiederum unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie sowie der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Rund 200 Vertreter aus Wirtschaft und Politik nahmen daran teil. Wie üblich folgten auf Ausführungen zu gesamtwirtschaftlichen Themen vier Foren zur Industrie und zum Handel sowie zur Bauwirtschaft und zu den Dienstleistungen. Der nächste ifo Branchen-Dialog wird am 28. Oktober 2015 stattfinden.

Dr. Eberhard Sasse, Präsident der IHK fur München und Oberbayern, begrüßte als Hausherr die Gäste. Sasse konzentrierte sich in seiner Einführung auf einige wirtschaftliche Schwachpunkte, die nicht primär konjunktureller Natur sind. So hänge die derzeitige Investitionsschwäche in Deutschland seiner Meinung nach nicht nur mit den eingetrübten Absatzerwartungen der Unternehmen zusammen. Es sei darüber hinaus ein Gefühl von Sättigung in Deutschland zu spüren. Die Notwendigkeit von Wachstum würde in der Bevölkerung immer mehr in Zweifel gezogen. Anstatt z.B. die Vorteile des Freihandelsabkommens in Form eines höheren Wohlstands zu begrüßen, werde das TTIP-Abkommen zerredet. Fortschritt werde nicht als Chance, sondern als Gefahr angesehen. Um ein anderes Beispiel zu wählen: Während in anderen Ländern Mobile-Payment Realität sei, werde bei uns über den Datenschutz debattiert. Großprojekten stehe man grundsätzlich skeptisch gegenüber, seien es die Olympischen Spiele, eine neue Startbahn oder ein Ausbau von Autobahnen. Ganz zu schweigen von der Diskussion über die Stromtrassen. Auch wenn die Bedenken aus Sicht des Einzelnen verständlich seien, in der Summe schreckten sie Investoren ab. Das führe sogar soweit, dass sich im angelsächsischen Raum der Begriff der »German Angst« festgesetzt habe. Unter dieser Angst vor Veränderungen litten jedoch nicht nur die Investitionen. Auch bei den Innovationen könnte es besser laufen. Ein Indikator hierfür seien die Patentanmeldungen. Die USA und auch Japan ziehen bei Patentanmeldungen an Deutschland mehr und mehr vorbei, und es werde nicht mehr lange dauern, bis uns auch China eingeholt habe. Insbesondere im Bereich digitaler Kommunikationstechnologien und Computer hinke Deutschland deutlich hinterher.

Es sei daher bei uns zuallererst ein Bewusstseinswandel notwendig. Anstatt Veränderungen ängstlich gegenüber zu stehen, müssten die Chancen und Vorteile in den Mittelpunkt gerückt werden. Eine solche Offenheit für Neues sei umso wichtiger, als der digitale Wandel vieles verändern werde. Nur wenn es gelinge, die Wirtschaft einer digitalen Transformation zu unterziehen, würde Deutschland auch in Zukunft zu den führenden Leitökonomien zählen. Gerade für die nächste Welle der Digitalisierung in Themenfeldern wie Internet der Dinge, Mobilität oder Industrie 4.0 böten sich in Deutschland beste Voraussetzungen. Um diese Chancen zu nutzen, müssten innovative und technologieorientierte Startups als Innovationsbeschleuniger und Digitalisierungshelfer mehr akzeptiert und gefördert werden. Ein neuer Gründerzeitgeist sei notwendig.

Dieser Wandel müsse jedoch durch eine verlässliche wettbewerbs- und innovationsorientierte Wachstumspolitik flankiert werden. Sasse verwies auf eine aktuelle Umfrage der IHK, wonach eine zentrale Voraussetzung für eine stärkere Investitionstätigkeit ein einfaches und leistungsorientiertes Steuersystem sei. Derzeit würden gewerbesteuerliche Hinzurechnungen, Zinsschranken und Beschränkungen bei der Verlustverrechnung sogar die Substanz der Unternehmen gefährden und damit die Investitionslaune reduzieren.

Kurzfristig sollte zumindest die kalte Progression abgebaut werden – schon allein aus Motivationsgründen. Für Beschäftigte und kleine Unternehmen sei sie demotivierend. Weil die Einkommensteuersätze nicht an die Inflation angepasst werden, würde der Staat zum Profiteur von Lohnerhöhungen. Einerseits fehle dem privaten Konsum die Puste, andererseits ent-

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn,
Präsident des ifo Instituts

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser,
komm. Leiter des ifo Zentrums für Konjunkturforschung und Befragungen

ziehe man vor allem kleinen Unternehmen Mittel für Investitionen.

Im Anschluss an diese Einführung referierte **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn,** Präsident des ifo Instituts, zum Thema »Die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Situation in Deutschland und Europa«. Nach Sinn befindet sich die Weltwirtschaft in einem leichten Aufwärtsprozess, der seine Impulse aber fast ausschließlich aus den USA erhält. Die Schwellenländer, die über viele Jahre die Weltwirtschaft angetrieben haben, zeigen überwiegend Schwächesymptome. Dies gelte insbesondere für Brasilien und Russland. In China sei demgegenüber die wirtschaftliche Dynamik zwar stärker, aber bei weitem nicht mehr so lebhaft wie vor einigen Jahren. Russland leide unter dem niedrigen Ölpreis und zunehmend unter den Sanktionen des Westens in Zusammenhang mit der Krimkrise und den kriegerischen Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine. In der Eurozone herrsche weitgehend Stagnation vor. Die Schwäche in dieser Region schlage zunehmend auch auf die Konjunktur in Deutschland durch. Insbesondere die Investitionstätigkeit lasse zu wünschen übrig. In den Euro-Krisenländern in Südeuropa gäbe es zwar Anzeichen einer leichten Erholung. Es drohe aber noch ein langer Anpassungsprozess, bis diese Länder wieder einen Grad von Wettbewerbsfähigkeit erreicht haben, der sie aus eigener Kraft und nicht vorwiegend dank monetärer und fiskalischer Hilfsprogramme der EZB und der EU wachsen lasse.

Zum Abschluss des ersten Teils des Branchen-Dialogs stellte **Prof. Dr. Timo Wollmershäuser,** komm. Leiter des ifo Zentrums für Konjunkturforschung und Befragungen, eine Mittelfristprojektion für Deutschland vor. Er orientierte sich dabei an der Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober dieses Jahres. Wollmershäuser führte zunächst aus, dass die Bestimmung der mittelfristigen Wachstumsperspektiven anhand einer Methode erfolgt, die im Wesentlichen von der EU-Kommission vorgegeben ist. Demnach werde das sog. Produktionspotenzial mit Hilfe einer gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion geschätzt. Nach dieser Methode könne es zu Änderungen der mittelfristigen Wachstumsperspektiven kommen, wenn sich die Kapitalstockakkumulation, der Arbeitseinsatz oder die technische Fortschrittsrate verändere. Mit der jüngsten Schätzung, die eine durchschnittliche Potenzialrate in Höhe von 1,1% für die Jahre 2013–2019 ergab, bestätige die Gemeinschaftsdiagnose weitgehend die seit 2010 halbjährlich durchgeführten Projektionen. Im Anschluss daran zeigte Wollmershäuser, dass die Forschungsinstitute allerdings bei der Abschätzung der Determinanten des Wachstums regelmäßig Korrekturen vornahmen. Zum einen wurde der Beitrag der Kapitalstockakkumulation zum mittelfristigen Wachstum überschätzt und über die Jahre hinweg kontinuierlich nach unten revidiert. Als Ursache hierfür nannte Wollmershäuser die überraschend schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen. Zum anderen wurde der Beitrag der Ausweitung des Arbeitseinsatzes zum mittelfristigen Wachstum in etwa derselben Größenordnung unterschätzt. Dies liege sowohl am Rückgang der Erwerbslosenquote, der deutlich stärker war, als von den Instituten erwartet, als auch an der überraschend hohen Zuwanderung nach Deutschland, die ihrerseits das Erwerbspersonenpotenzial anhob.

Schließlich ging Wollmershäuser noch auf die Auswirkungen des flächendeckenden Mindestlohns und der abschlagsfreien Rente ab 63 auf die mittelfristigen Wachstumsaussichten in Deutschland ein. Träfen die von den Instituten getroffenen Annahmen ein, nähme infolge des Mindestlohns die Zahl der Erwerbslosen bis 2019 um 400 000 Personen zu, was für sich genommen die durchschnittliche Potenzialrate in den Jahren 2013–2019 um 0,1 Prozentpunkt senken dürfte. Die Rente ab 63 führe zu einer einmaligen Absenkung der Erwerbspersonen um schätzungsweise 150 000 Personen in diesem und im kommenden Jahr; den negativen Effekt auf die durchschnittliche Potenzialrate in den Jahren 2013–2019 taxierte er auf etwa 0,04 Prozentpunkte.

Branchenforum 1: Konjunkturelle und strukturelle Perspektiven für die Industrie

Hans-Dieter Karl, Thomas Strobel und Hans-Günther Vieweg

Das Forum 1 ist traditionell der Industrie gewidmet. 2014 wurden außer der Konjunktur und den Aussichten für die Jahre 2015 und 2016 auch strukturelle Aspekte behandelt. Beispielhaft wurde diesmal ein industrieller Schwerpunkt der deutschen Industrie, der Maschinenbau, herausgenommen. In dem Beitrag von Lars Balzer, Principal, EAC – Euro Asia Consulting PartG, München, Shanghai, Mumbai, Moskau, wurde der Frage nachgegangen, wie sich die erstarkende Konkurrenz aus den Schwellenländern positioniert. Chinesische Unternehmen wurden hinsichtlich ihrer strategischen Stoßrichtungen befragt und daraus Empfehlungen für deutsche Maschinenbauer abgeleitet. In einem zweiten Beitrag von Christian Malorny, Partner, McKinsey & Company, Inc., Berlin, wurde eine Analyse von strategischen Erfolgsfaktoren präsentiert, die Maschinenbauunternehmen die Möglichkeit bietet, sich im Markt weiterhin erfolgreich zu positionieren.

Nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik belastet die Industrie

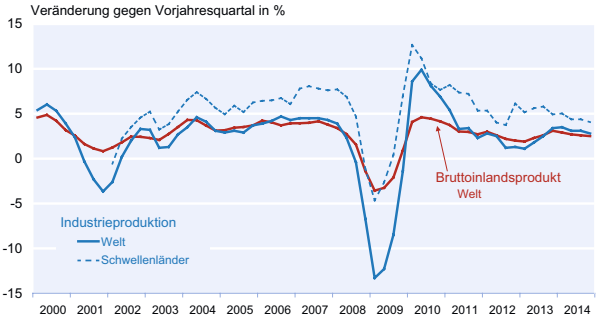
Rohstoffpreise: ein zweischneidiger Konjunkturindikator

Anfang des Jahres waren die Auguren voller Hoffnung, dass die Konjunktur an Dynamik gewinnen würde. Ihre Erwartungen wurden enttäuscht, seit Mitte 2014 wurden die Prognosen zunehmend nach unten korrigiert. Dies war kein auf Deutschland oder Europa beschränktes Phänomen, sondern ein mit wenigen Ausnahmen – wie die USA und GB – weltweites Phänomen. Signifikant für diese Eintrübung ist die Reduzierung der in der Gemeinschaftsdiagnose prognostizierten Entwicklung des Welthandels: Im Frühjahr war noch von 4,5% ausgegangen worden, im Herbst wurde der für 2014 mögliche Zuwachs auf magere 2,9% reduziert.

Zum Verständnis der Konjunktur und der mittelfristigen Entwicklung ist es notwendig, einen Blick auf die Zeit seit 2003 zu werfen. In den Jahren bis zur Finanzkrise 2008 war die Weltwirtschaft durch eine außergewöhnlich hohe Dynamik gekennzeichnet. Die großen Schwellenländer wurden aufgrund ihres inzwischen erreichten Gewichts zum Motor eines dynamischen Wachstums. Selbst ein durch zunehmende Nachfrage bedingter Anstieg der Rohstoffpreise konnte die Dynamik nicht spürbar dämpfen. Auch die Finanzkrise traf die großen Schwellenländer nicht voll. In den letzten Jahren treten allerdings zunehmend strukturelle, die Wachstumsdynamik bremsende Probleme zutage. Die Expansion des Weltbruttoinlandsprodukts in den kommenden Jahren

Abb. 1

Weltkonjunktur und Industrieproduktion



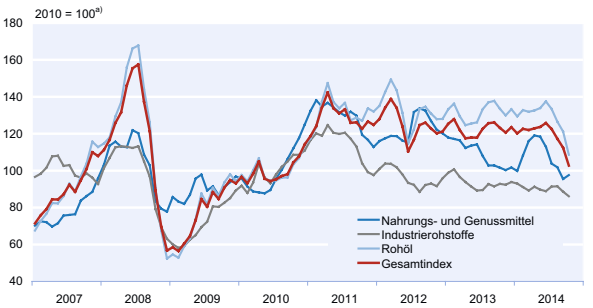
Quelle: Goldman Sachs; Berechnungen des ifo Instituts.

wird voraussichtlich um etwa 1 Prozentpunkt unter der Expansion der Jahre 2003 bis 2008 liegen. Gemessen an der weltweiten Industrieproduktion ist eine noch deutlichere Verlangsamung des Wachstumstempos um rund 2 Prozentpunkte festzustellen, die für die Schwellenländer besonders ausgeprägt ist (vgl. Abb. 1).

In der Folge des Anstiegs der Rohstoffpreise im letzten Jahrzehnt sind massive Investitionen in die Rohstoffgewinnung und erste Verarbeitung getätigt worden. Diese Kapazitäten sind in den letzten Jahren – bildlich gesprochen – ans Netz gegangen und haben zu einer Entspannung auf den Märkten geführt. Im historischen Vergleich sind die Rohstoffpreise jedoch auch nach den teils kräftigen Rückgängen weiterhin als hoch zu bezeichnen. Dies gilt selbst für die Energierohstoffe, deren Preise aufgrund der US-Energiewende und des damit einhergehenden Rückgangs amerikanischer Nachfrage auf den Weltmärkten besonders stark gefallen sind. Ebenso leiden die Rohstoffkonzerne unter ihren aufgrund der weltweiten Wachstumsschwäche unrentabel gewordenen Grenzinvestitionen der vergangenen Jahre. Bei den Metallen ist eine Marktbereinigung durch eine weitere Konzentration zu erwarten. Insgesamt wirkt von Seiten der Rohstoffmärkte der Angebotsdruck stabilisierend auf die schwächelnde Weltwirtschaft (vgl. Abb. 2).

Abb. 2

HWWI-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe
US-Dollar-Basis



[a)] Monatsdurchschnitte (der Durchschnitt für den letzten ausgewiesenen Monat ist unvollständig, solange der Monat nicht abgeschlossen ist).

Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

Diese Situation trübt allerdings die Geschäftsaussichten für Industrieunternehmen ein, die auf die Herstellung von Maschinen und Ausrüstungen für den Bergbau, die Ölförderung und die Rohstoffgewinnung sowie die erste Verarbeitung spezialisiert sind. Sie müssen sich in einem schwierigen Marktumfeld auf eine Verschiebung oder gar Stornierung von Erweiterungsinvestitionen einstellen. Ersatz und Erneuerung von Anlagen werden in Anbetracht einer sich verschlechternden Ertragslage auf das unbedingt notwendige reduziert. Soweit Investitionen realisiert werden, zielen sie auf Produktivitäts- und Effizienzgewinne.

Unterschiede in Konjunkturverlauf und Geldpolitik setzen den Rahmen für die industrielle Produktion in der Triade

Die Konjunktur der **Triade** zeigt signifikante Unterschiede in den Jahren seit 2012. Gemessen an den Frühindikatoren hatten die USA und die **EU** sich rasch von der weltweiten Finanzmarktkrise erholt. Jedoch wurde die Wirtschaft in der EU von der Staatsschulden- und Bankenkrise in der Eurozone, namentlich in Griechenland, Irland, Spanien und Portugal getroffen. Erst als Mitte 2013 die akuten Risiken mit Hilfe massiver Rettungsmaßnahmen eingedämmt waren, fassten die Unternehmen wieder Vertrauen. Der EU-Indikator für die Produktionserwartungen der Industrie stieg wieder über das langfristige mittlere Niveau an. Diese Entwicklung wurde allerdings schon Anfang 2014 aufgrund der nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik gestoppt (vgl. Abb. 3).

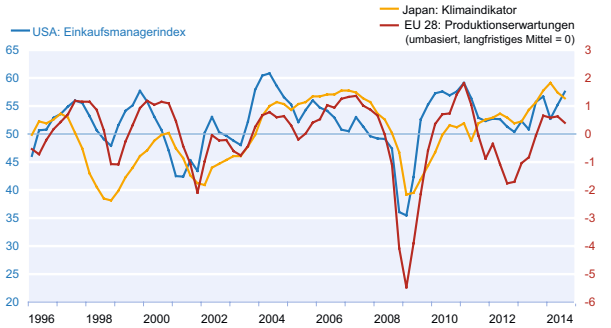
Die Konjunktur in den **USA** ist robust. Der Einkaufsmanagerindex vom Oktober (veröffentlicht 3. November 2014) bestätigt die, wenn auch volatile, seit Anfang 2012 zu beobachtende kräftige Aufwärtsentwicklung. In diesem Umfeld nutzte die US-Zentralbank die Gelegenheit, den Ankauf langlaufender Wertpapiere einzustellen. Anders als noch im Juni 2013 – als die erste Ankündigung der Fed zur Reduzierung der Ankäufe zu Turbulenzen auf den Finanz- und Währungsmärkten geführt hatte – konnte Ende Oktober 2014 ohne nennenswerte Friktionen mit der Umsetzung begonnen werden. Dies ist primär Ausdruck der robusten US-Konjunktur, zeigt jedoch auch, dass sich international die Marktteilnehmer zwischenzeitlich auf die neue Situation eingestellt haben.

US-Industrie marschiert dynamisch voran

Die **amerikanische Industrie** erweist sich als ein wichtiger Pfeiler des Wachstums. Nachdem sie 2013 schon mit etwa 3% zugelegt hatte, beschleunigte sich die **Produktion** und wird **2014** mit einem **Plus von gut 4%** abschließen können. Begleitet wird die Expansion von einer seit 2012 sich beschleunigenden Investitionstätigkeit der Industrie (vgl. Abb. 4). Schwerpunkte sind der Aufbau von Kapazitäten im Bereich der ersten Verarbeitung und energieintensiver Produktionsprozesse. Der massive Ausbau der Gewinnung von Energierohstoffen und die damit einhergehenden Preissenkungen tragen inzwischen messbar Früchte. Nicht nur einheimische Industrieunternehmen nutzen die Standortvorteile für energieintensive Produktionen, auch Unternehmen aus Deutschland investieren, um von den Vorteilen günstiger Energieeinsatzpreise und eines großen, wachstumsträchtigen Marktes zu profitieren. Während die Inlandsnachfrage die Expansion treibt, schwächen sich die Impulse aus dem Ausland seit Monaten ab.

Abb. 3

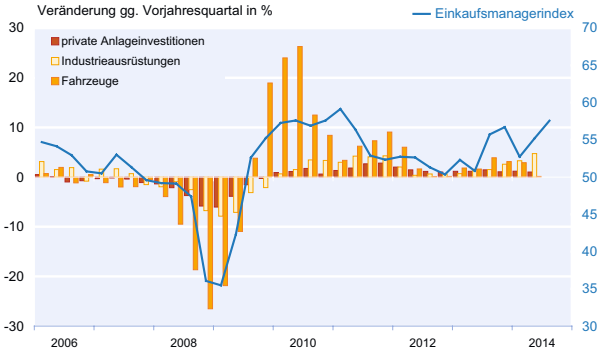
Konjunkturindikatoren in der Triade



Quelle: Institute for Supply Management (USA); Bank of Japan (Japan); GD ECFIN; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 4

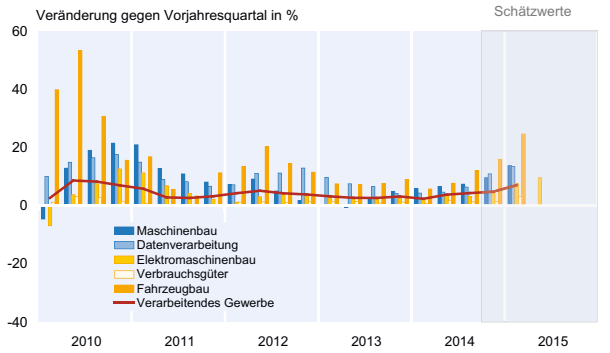
Konjunkturindikatoren für die US-Industrie



Quelle: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 5

Industrieproduktion der USA



Quelle: Federal Reserve; Institute for Supply Management (ISM); Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 1
Industrieproduktion großer Volkswirtschaften/Regionen
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Land/Region	2013					2014					2015
	1. Q.	2. Q:	3. Q.	4. Q.	Jahr	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	Jahr	Jahr
EU 28	– 2,4	– 0,8	– 0,7	2,3	– 0,4	3,4	2,4	0,9	0,3	1,7	1,0
Deutschland	– 2,0	– 0,1	0,5	2,7	0,3	3,8	1,5	0,7	0,0	1,5	1,2
Indien	2,2	– 1,0	1,9	– 0,8	0,6	– 0,4	2,6	2,3	4,0	2,1	6,0
China	9,6	9,1	10,1	10,0	9,7	8,7	8,9	8,2	8,2	8,5	8,6
Japan	– 7,8	– 3,0	2,2	5,8	– 0,6	8,3	2,7	– 0,5	1,0	3,0	1,9
USA	2,9	2,5	2,7	3,3	2,9	3,3	4,2	4,5	4,2	4,1	3,6
Asien[a)]	1,3	1,8	3,9	4,8	3,1	4,1	4,6	5,3	5,4	4,8	5,0
Welt	1,1	1,8	2,5	3,4	2,3	3,5	3,1	3,1	3,1	3,2	2,9

[a)] Ohne Japan, China, Indien.

Quelle: Nationale statistische Büros, Goldman Sachs, ifo Institut.

Im kommenden Jahr wird die Industrieproduktion – gemäß der Kurzfristprognose des ifo Instituts unvermindert weiter expandieren, getragen von der Nachfrage nach Maschinen, Industrieausrüstungen, Fahrzeugen und Datenverarbeitung (vgl. Abb. 5). Erst im Jahresverlauf wird es zu einer Abschwächung der Wachstumsdynamik kommen, insbesondere infolge einer nachlassenden Auslandsnachfrage in Verbindung mit einem starken US-Dollar. Insgesamt wird 2015 gegenüber dem Vorjahr mit einer Zunahme der Industrieproduktion der USA 2015 um 3,6% gerechnet (vgl. Tab. 1).

Auch nach zwei Jahren »Abenomics« bleibt Japans Wirtschaft fragil

Die Verwüstungen durch den Tsunami und die dadurch ausgelöste Katastrophe in den Kernkraftwerken von Fukushima hatte die konjunkturelle Erholung der Wirtschaft Japans abrupt im Frühjahr 2011 unterbrochen. 2012 – nachdem die größten Probleme überwunden waren – kam es jedoch nicht zu einem Anstieg der wirtschaftlichen Dynamik, Japan konnte sich wie schon früher nicht aus dem Teufelskreis von Stagnation und Deflation befreien. Im Dezember 2012 trat Premierminister Shinzo Abe mit Vorschusslorbeeren bedacht sein Amt an. Seitdem hat sich die Stimmung in der Wirtschaft deutlich aufgehellt. Der Klimaindikator ist weit über den langjährigen Mittelwert angestiegen. Die Hoffnung auf die Wirkungen seines Wirtschaftsprogramms, das mittels der Instrumente lockerer Geld-, flexibler Finanzpolitik und Strukturreformen (Abenomics) zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum führen sollte, hat nur bis Anfang 2014 getragen. Eine durchgreifende Besserung der Lage hat sich nicht eingestellt, obwohl die aufgrund der Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgelöste Abwertung der japanischen Währung deutlich ausgefallen war und die Preiswettbewerbsfähigkeit insbesondere der Industrie gestärkt hatte. Die Importe verteuerten sich zwar, dennoch wurde die angestrebte Inflationsrate von 2% bei weitem verfehlt.

Der Aufkauf von Wertpapieren durch die japanische Zentralbank hat zu einer Entlastung der Unternehmen geführt, jedoch nicht zu einer grundlegend stärkeren wirtschaftlichen Dynamik beigetragen. Die Erhöhung der indirekten Steuern zum April 2014 von 5% auf 8% hatte zu einem stärker als erwarteten Rückgang der Nachfrage bis ins dritte Quartal geführt. Die ursprünglich für Oktober geplante weitere Erhöhung der indirekten Steuern muss aufgrund der fragilen wirtschaftlichen Verfassung verschoben werden, und mit dem Abbau der auf Rekordhöhe befindlichen Staatsverschuldung kann absehbar nicht begonnen werden. In diesem gedrückten Umfeld beschloss die japanische Zentralbank, gerade zwei Tage nach der Ankündigung der US-Zentralbank, die Aufkäufe von Wertpapieren einzustellen, eine massive Ausweitung des Ankaufs von Wertpapieren, um die Wirtschaft endlich auf den Wachstumspfad zurückzubringen.

Erste Zeichen einer besseren Entwicklung für Japans Industrie

Die Ertragssituation der Unternehmen hat sich in den zurückliegenden Jahren deutlich verbessert. Hier hat neben den wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen auch die Abwertung des in den Jahren 2010 bis 2012 sehr hoch bewerteten Yen beigetragen. Insbesondere die Industrie hat hiervon profitiert. Die Margen im Exportgeschäft sind gestiegen, und inländische Produktionsstätten, deren Auslastung zugunsten ausländischer Standorte zurückgefahren wurde, werden vermehrt beauftragt. Die Ausfuhren treiben die Entwicklung. Hier kommt einmal die konjunkturelle Erholung in den USA zum Tragen, ebenso wie die Exporte nach Asien, allerdings dämpft der wichtige Absatzmarkt China.

Die Bestellungen bei japanischen Herstellern von Investitionsgütern waren im Vorfeld der Erhöhung der Verbrauchsteuer zum April 2014 massiv angestiegen. Dieser Vorzieheffekt hat im Inland zu einem leichten Rückgang im dritten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum geführt, während die Bestellungen aus dem Ausland moderat expandierten. Bemerkenswert ist die robuste Investitionstätigkeit der Industrie in Japan, die gegenüber dem Vorjahr um knapp ein Zehntel zulegte (vgl. Abb. 6). Ein deutlicher Zuwachs der

Ausfuhren des Fahrzeugbaus sowie der Hersteller von Maschinen und Ausrüstungen zeigt, dass die japanische Industrie mit den Produkten auf dem Weltmarkt vermehrt wieder Erfolg hat, bei denen sie technologisch eine Führungsrolle einnimmt. Die japanische Industrie kann im laufenden Jahr – stimuliert über die Vorzieheffekte der Steuererhöhung und die Abwertung des YEN – ihre Produktion um etwa 3,5% ausweiten. Diese Effekte flauen ab, so dass 2015 Japans Industrieproduktion – abgeschwächt – um knapp 2% expandieren kann (vgl. Abb. 7).

Europa durchläuft eine Schwächephase

Die schwache Konjunktur in der **Eurozone** hat den Erweiterten Rat der EZB auf seiner Sitzung am 6. November veranlasst, eine Ausweitung der Targeted Longer-Term Refinancing Operations (TLTROs) und der Ankäufe forderungsgesicherter Wertpapiere anzukündigen. Diese Ankündigung steht in einem zeitlichen Zusammenhang mit den jüngsten Entscheidungen der amerikanischen und der japanischen Zentralbank.

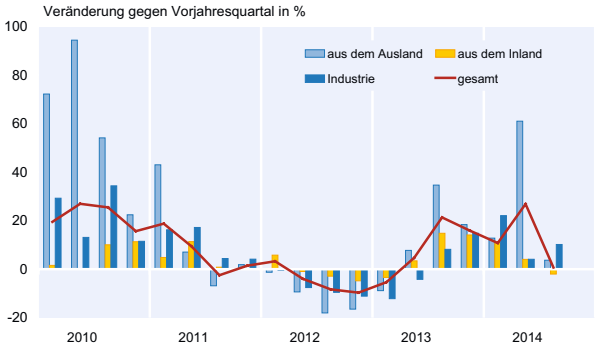
In diesem Kontext spielen auch die Wechselkurse eine gewichtige Rolle. Die japanische Währung hat seit dem Amtsantritt von Shinzo Abe eine massive Abwertung infolge der Lockerung der Geldpolitik erfahren. Die jüngsten Entscheidungen der japanischen Zentralbank werden den Yen weiter unter Druck bringen und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit japanischer Hersteller stärken. Gegenüber dem Euro verlor der Yen seit Ende 2012 etwa 40% an Wert, diese Entwicklung kann sich fortsetzen und die deutschen Industrieunternehmen im internationalen Wettbewerb belasten. Die japanische Industrie ist in den deutschen Kernbereichen des Fahrzeugbaus und der Herstellung von Industriegütern immer noch der wichtigste Konkurrent. Gegenüber den USA hat sich dagegen die preisliche Wettbewerbsposition deutscher Hersteller durch eine etwa 10%-ige Aufwertung des US-Dollar seit Anfang 2014 verbessert. Angesichts der robusten US-Konjunktur setzen Investoren perspektivisch auf steigende Zinsen, was mit Blick auf die weltweit schwache Konjunktur eine weitere Aufwertung nahelegt. Da die gegenwärtige Austauschrelation von US-Dollar und Euro noch in einem als normal zu betrachtenden Bereich liegt, sollte es bei einer weiteren Aufwertung des US-Dollar nicht zu Friktionen auf den Devisenmärkten kommen, die die Zentralbanken zum Intervenieren veranlassen (vgl. Abb. 8).

Industrie der großen europäischen Länder verliert an Dynamik

Die europäische Konjunktur zeigt spätestens seit der Finanzkrise unterschiedliche konjunkturelle Muster. Der Kontraktion in den Krisenländern stand bisher eine robuste, wenn auch moderate Expansion in Mitteleuropa und den benachbarten Beitrittsländern gegenüber. Im Verlauf des Jahres 2013 war es zu einer zeitweise höheren Dynamik gekommen, die ausgehend von einer unterschiedlichen Trendentwicklung in vielen Ländern spürbar war. Die Hoffnung auf einen Aufschwung hat sich allerdings nicht materialisiert, 2014 kam das Wachstum im Verlauf weitgehend zum Stillstand. Abgesehen von Großbritannien weist die Tendenz in allen großen Ländern nach unten.

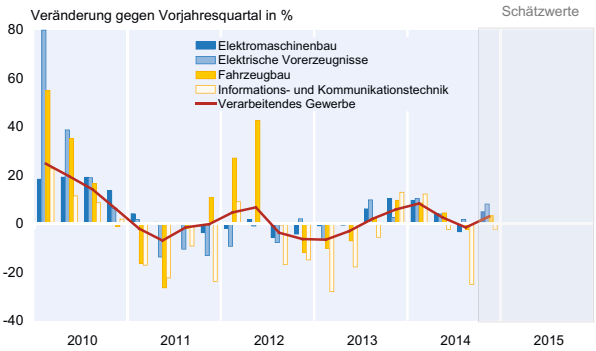
Die Entwicklung der Produktionsindizes in Abbildung 9 weist auf eine Konzentration des industriellen Schwerpunkts in Richtung auf Deutschland und die mittelosteuropäischen Nachbarstaaten hin. Besonders auffällig sind die Verluste an Kapazitäten in Italien, dem Land, das nach Deutschland als

Abb. 6
Maschinenbestellungen in Japan



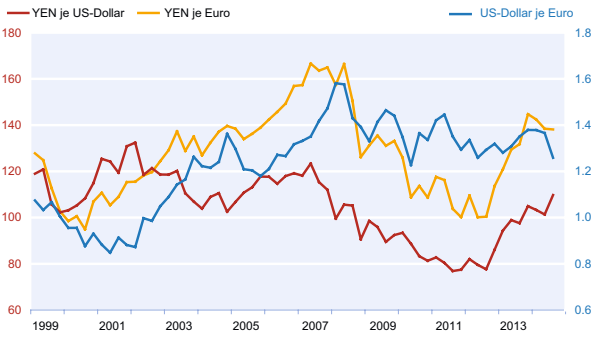
Quelle: Economic and Social Research Institute; Cabinet Office; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 7
Industrieproduktion Japans



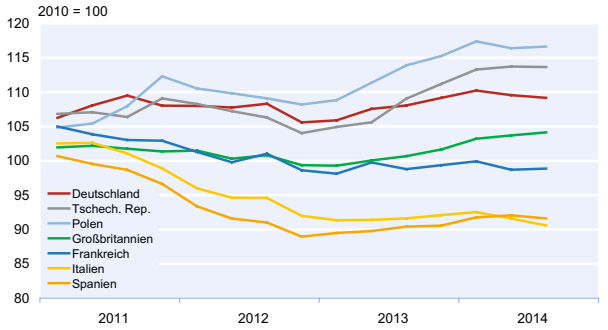
Quelle: Bank of Japan; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 8
Wechselkursentwicklung



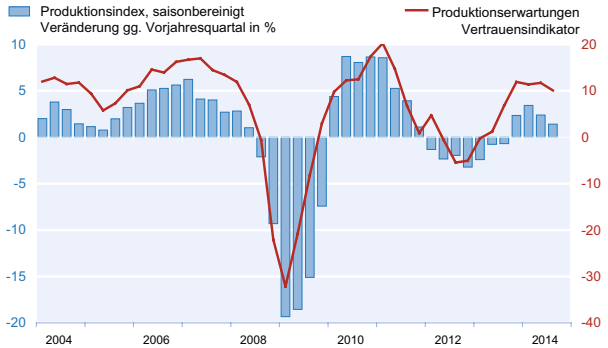
Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 9
Industrieproduktion ausgewählter EU-Staaten
Produktionsindizes, saisonbereinigt



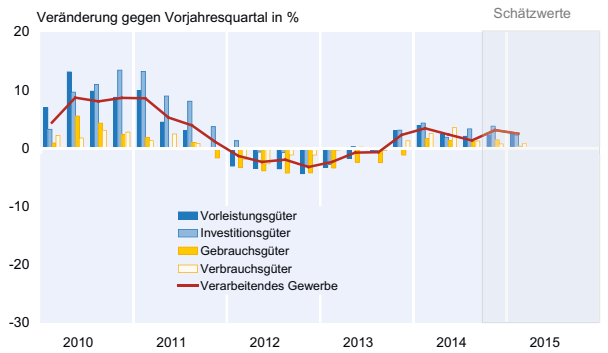
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 10
EU 28: Industrieproduktion und Produktionserwartungen



Quelle: Eurostat, DG, ECFIN; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 11
Industrieproduktion der EU 28



Quelle: European Commission; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

besonders wettbewerbsstark in der Industrie galt, vor allem bei Investitionsgütern und im Fahrzeugbau. Spanien, das sich mit dem Beitritt zur EU bis Ende der 1990er Jahre zu einem industriellen Schwerpunkt entwickelt hatte, verlor seine Attraktivität als Produktionsstandort mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, da die mittelosteuropäischen Staaten bessere Rahmenbedingungen boten. Bemerkenswert ist im Vergleich mit Italien, dass Spanien zwar Verluste der industriellen Basis in vergleichbarer Größenordnung wie Italien hinnehmen musste, sich seit 2012 – wenn auch von niedrigem Niveau – eine Trendwende zum Besseren andeutet.

Die schwächere wirtschaftliche Entwicklung hat zu einem sich verstärkenden Preiswettbewerb geführt. Der Aufwärtstrend bei den Erzeugerpreisen der Industrie in der Eurozone hatte sich schon 2012 abgeflacht, seit 2013 sind die Preise rückläufig. 2014 hat sich der Trend beschleunigt, wofür auch die gefallenen Rohstoffpreise verantwortlich sind. Gegenüber dem Vorjahr sind die Erzeugerpreise um gut 1% gesunken, eine Trendänderung ist erst im Verlauf einer spürbaren konjunkturellen Erholung im Verlauf des kommenden Jahres zu erwarten.

Die konjunkturelle Abkühlung hat das Wachstum der Industrieproduktion im Verlauf 2014 an Dynamik verlieren lassen. Gegen Jahresende ist es nahe der Stagnation (vgl. Abb. 10). Im Durchschnitt wird die Industrieproduktion 2014 um real 1,1% den Vorjahreswert übertreffen (vgl. Abb. 11). Die Konjunkturindikatoren sind zwar seit Jahresmitte überwiegend gesunken, liegen aber überwiegend noch über dem langfristigen Mittel. Beispielhaft hierfür ist der Konfidenzindikator, der sich aus der Einschätzung der Auftragsbestände, der Fertigwarenlager und der Produktionserwartungen zusammensetzt, der Ende Oktober bei einem Saldenwert von – 4 lag, im langfristigen Mittel – 6,3 beträgt. Es wird offenbar von einer Belebung der Weltkonjunktur im Verlauf des kommenden Jahres ausgegangen, fiskal- und geldpolitische Maßnahmen in der Eurozone und anderen Mitgliedstaaten der Union werden zu einer Stützung der wirtschaftlichen Aktivität beitragen, so dass es zu einer Trendwende in der Industrie kommen wird. Die Industrieproduktion wird 2015 preisbereinigt um etwa 1% zunehmen. Bei möglicherweise weiter sinkenden Preisen werden die Erlöse der Unternehmen kaum über eine Stagnation hinauskommen.

Die deutsche Industrie leidet besonders unter der nachlassenden Dynamik der Schwellenländer und der Schwäche in der Eurozone

Die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme im Euroraum haben auch in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft Spuren hinterlassen; nach dem schwachen Wachstum im Jahr 2012 hat sie 2013 kaum noch zugelegt. Damit hat Deutschland aber noch besser abgeschnitten als andere große Volkswirtschaften des Euroraums. Eine wichtige Stütze für diese Entwicklung war die ungebrochene Stärke des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland, das seine internationale Wettbewerbsposition weiter verbessern und durch seine hohen Exporte die Stellung der deutschen Industrie auf den Weltmärkten behaupten konnte. Der besondere Stellenwert des Verarbeitenden Gewerbes für Deutschland kommt durch den im Vergleich zu anderen großen Ländern Europas hohen Anteil der industriellen Bruttowertschöpfung an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung zum Ausdruck: 2013 ging dieser Anteilswert zwar leicht auf 22,2% zurück, im ersten Halbjahr 2014 stieg er aber wieder spürbar an.

Das industrielle Produktionsvolumen in **Deutschland** – gemessen am (realen) Produktionsindex der amtlichen Statistik – ist nach dem Rückgang 2012 im Jahr 2013 um 0,3% höher gewesen. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Expansion im zweiten Halbjahr 2013 zurückzuführen; 2014 zeigte die Industriekonjunktur vor allem im ersten Halbjahr einen dynamischen Verlauf. Auch wenn zuletzt eine leichte Abschwächung zu beobachten war, lag die reale Produktion in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres mit einem Plus von 2,3% deutlich über dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode.

Im Jahr 2013 stieg der reale Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes, nach einem Rückgang um 3,8% im Jahr 2012, um 2,7% gegenüber dem Vorjahr, wobei sich die Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte deutlich verbesserte. In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 stiegen die Orders kräftig um 3,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Da die Nachfrage zuletzt leicht rückläufig war, ist zu erwarten, dass auch für die Industrieproduktion eine Phase schwächeren Wachstums bevorsteht. Es ist daher mit einem Abschmelzen der Auftragsbestände bis zum Jahresende zu rechnen. Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie ist immer noch vergleichsweise hoch; saisonbereinigt nahm sie von Oktober 2013 bis Oktober 2014 zwar von 83,7% auf 84,1% zu. Sie ist damit etwas höher wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Wie häufig in den vergangenen Jahren so hat auch zu der gegenwärtigen Erhöhung der Industrieproduktion die Ausweitung der Auslandsnachfrage überproportional beigetragen. Der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland ist im Jahresdurchschnitt 2013 um 4,2% gestiegen. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich damit 2013 deutlich besser entwickelt als der gesamte Auftragseingang. 2014 hielt diese Tendenz an: Insgesamt nahmen die Auslandsorders in den ersten neun Monaten gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 4,5% zu. Die Aufträge aus der Eurozone sind in diesem Zeitraum 2014 um 4,2% höher gewesen, während die Bestellungen aus dem übrigen Ausland um 4,7% über dem entsprechenden Vorjahreswert lagen.

Die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes nahm im Jahr 2013 weniger stark zu, und auch im laufenden Jahr stieg sie in geringerem Umfang als die Auslandsorders. Nach der moderaten Erhöhung des Auftragseingangs von 1,0% im Jahresdurchschnitt 2013 belief sich in den ersten neun Monaten 2014 das reale Plus auf 1,9% gegenüber dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Am besten schnitt dabei in diesem Zeitraum mit einem Anstieg von 2,7% die inländische Nachfrage nach Konsumgütern ab. Geringere Zuwächse wiesen die Nachfrage nach Investitionsgütern mit 2,0% und die Bestellungen von industriellen Vorleistungsgütern mit 1,7% auf.

Das weiterhin hohe Niveau der Industrieproduktion wirkte sich positiv auf die Beschäftigung aus. Die Zahl der Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe wurde 2013 um 0,3% gesteigert, nach einer Erhöhung um 2% im Jahr 2012. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen 2013 mit 0,8% etwas stärker zu. In den ersten neun Monaten des Jahres 2014 setzte sich der Beschäftigungsaufbau fort; gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden 0,9% mehr Erwerbstätige registriert, die geleisteten Arbeitsstunden waren um 0,8% höher als im Vorjahr. Angesichts des erwarteten Anstiegs der industriellen Produktion dürfte der Personalbestand tendenziell zunehmen, in der derzeitigen konjunkturellen Situation könnte es aber auch zu einer höheren Ausnutzung des Personals durch eine überproportionale Ausweitung der Arbeitsstunden kommen.

Der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts für das Verarbeitende Gewerbe, in dem die Urteile zur aktuellen Geschäftslage und die Einschätzungen der Geschäfterwartungen für die nächsten sechs Monate zusammengefasst sind, spiegelt die aktuelle Entwicklung gut wider. Nach den leicht positiven Werten im letzten Quartal 2013 ist der Geschäftsklimawert bis in das Frühjahr 2014 zunehmend besser ausgefallen, danach war ein stetiger Rückgang festzustellen. Dabei wurde die aktuelle Geschäftslage das ganze Jahr über bis zu den jüngsten Meldungen vom Oktober 2014 per saldo gut beurteilt. Bei den Geschäftserwartungen hat sich zuletzt eine überwiegend pessimistische Grundhaltung durchgesetzt. Zu diesen aktuellen Einschätzungen kommen die Meldungen der Testteilnehmer über etwas zu große Lagerbestände, eine gegenüber dem Vormonat rückläufige Nachfrage, und nur noch knapp positiv beurteilte Exporterwartungen. Insgesamt deutet dieses Stimmungsbild auf eine sinkende Produktion hin.

Der Rückgang des Geschäftsklimaindikators für das Verarbeitende Gewerbe ab dem Sommer 2014 findet seine Entsprechung in dem vergleichsweise geringen Wachstum der Weltwirtschaft. Dabei steht einer Expansion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ein geringeres Wachstum in den Schwellenländern gegenüber. Die Produktion in Deutschland nahm zwar im bisherigen Verlauf dieses Jahres deutlich zu, die Abschwächung der Bestellungen hat sich aber bereits in den Meldungen zum ifo Konjunkturtest über die Produktionsplanungen niedergeschlagen, die zuletzt einen leichten Rückgang signalisieren. Nach der Hochrechnung der vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen ist für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt mit einem Anstieg der industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt 2014 von real 1,5% zu rechnen.

Für den Euroraum ist eine nachhaltige wirtschaftliche Belebung in nächster Zeit nicht zu erwarten. Zwar hat die EZB zuletzt die Zinsen weiter gesenkt und Maßnahmen beschlossen, die die Konjunktur im Euroraum stimulieren sollen, die damit einhergehenden Impulse dürften aber schwach sein. Diese Aktivitäten und die – wohl zu geringen – Konsolidierungsbestrebungen in einzelnen Ländern haben aber dazu beigetragen, dass sich die Produktion im Euroraum stabili-

sieren konnte. Während von der anziehenden Konjunktur in den USA positive Effekte ausgehen werden, dürfte die durch eine massiv expansive Wirtschaftspolitik angestoßene Belebung in Japan wieder abflachen. Das Wachstum in den Schwellenländern ist zwar zumeist noch hoch, wird sich aber auf absehbare Zeit weiter abschwächen. Es ist davon auszugehen, dass die großen Notenbanken im kommenden Jahr ihren expansiven Kurs etwas einschränken, die Niedrigzinspolitik jedoch beibehalten werden. Das ist entsprechend bei der Festlegung der Rahmendaten für das deutsche Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2015 zu berücksichtigen.

Die folgenden Annahmen über wesentliche weltwirtschaftliche Leitdaten und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die bestimmend für die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sind, basieren auf der Prognose des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute. Danach wird das Wachstum der Weltwirtschaft 2015 auf 3,0% zunehmen, das reale Welthandelsvolumen wird nach dieser Abschätzung um 4,3% zulegen. Daneben wird ein mittlerer Rohölpreis der Sorte Brent für 2014 von 100 US-Dollar je Barrel unterstellt und ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,30 US-Dollar je Euro zugrunde gelegt. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland, die real im laufenden Jahr um 0,8% zunehmen werden, dürften 2015 wieder stärker, und zwar um 1,4% zulegen. Dagegen wird nach den im Jahr 2014 steigenden Ausrüstungsinvestitionen für 2015 mit einem weiteren, etwas höheren Zuwachs gerechnet. Vor dem Hintergrund der erwarteten Steigerung des weltwirtschaftlichen Wachstums werden die Exporte wieder deutlich stärker als 2014 zunehmen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2015 – dem Herbstgutachten zufolge – um 1,2% höher ausfallen. Sofern sich aber der Rohölpreis auf dem derzeitigen Niveau von rund 80 US-Dollar je Barrel stabilisieren sollte, werden sich daraus gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose Wachstumsimpulse selbst dann ergeben, wenn der US-Dollar noch weiter steigen sollte. Ein stärkerer Anstieg des US-Dollar würde gleichzeitig insbesondere der Industrie auch auf dem wichtigen amerikanischen Markt Vorteile verschaffen.

Die deutsche Industrie wird 2014 vor dem Hintergrund ihrer starken Stellung auf dem Weltmarkt an der Belebung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und dem immer noch hohen Wachstum in den Schwellenländern teilhaben können; zudem ist mit einer Stabilisierung der Konjunktur im Euroraum zu rechnen. Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes wird im kommenden Jahr in ähnlichem Umfang wachsen wie die Gesamtwirtschaft. Vor allem die Segmente der Investitionsgüterindustrie (Datenverarbeitung, Fahrzeugbau, Metallerzeugnisse) werden von der Zunahme der Investitionen und des Konsums im Inland und der anziehenden Nachfrage auf dem Weltmarkt profitieren können. Insgesamt wird das reale Produktionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahre 2015 – wegen eines statistischen Unterhangs zu Jahresbeginn – voraussichtlich nur um rund 1,2% zunehmen.

Gemessen an der deutlich gestiegenen Nachfrage schnitt das **Investitionsgütergewerbe** 2013 mit einem Produktionsanstieg von 0,6% vergleichsweise schwach ab. Diese Entwicklung ergab sich offenbar daraus, dass die Unternehmen zu geringe Auftragsbestände hatten, denn bezogen auf das gesamte Jahr waren die Auslandsnachfrage (+ 6,3%) und die Inlandsbestellungen (+ 1,5%) höher als im Vorjahr. Für die deutsche Industrie wirkte sich dabei besonders die hohe Auslandsabhängigkeit der Investitionsgüterbereiche positiv aus. Während aus der gesamten Industrie nahezu 48% der Produktion exportiert werden, setzen die Investitionsgüterproduzenten 61% ihrer Güter im Ausland ab.

Von der geringen Dynamik der Weltwirtschaft und insbesondere des niedrigeren Wachstums der Schwellenländer im laufenden Jahr war auch die Investitionsgüterindustrie betroffen. Da die Auslandsorders in den ersten neun Monaten 2014 um 4,5% gestiegen sind und die inländischen Auftragseingänge real um 2,0% höher waren, dürfte es zu einem Aufbau der Auftragsbestände gekommen sein. Trotz der in den letzten Monaten sinkenden Bestellungen und der schwächeren Nachfrage wird die Produktion 2014 um etwa 1,7% höher ausfallen. Neben der Automobilindustrie trägt auch die Gruppe Datenverarbeitung und elektronische Bauelemente zum Produktionsanstieg im Investitionsgüterbereich bei (vgl. Abb. 12). Die Entwicklung der Investitionsgüterindustrie wird 2015 von der Inlandskonjunktur aufgrund weiter steigender Ausrüstungsinvestitionen und dem anziehenden Wachstum der Weltwirtschaft bestimmt. Dabei ist zu erwarten, dass die Auslandsnachfrage stärker zunehmen wird als die Bestellungen aus dem Inland. Diese Entwicklung kommt auch in den jüngsten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zum Ausdruck; danach werden die Exporterwartungen von den Investitionsgüterproduzenten optimistischer eingeschätzt als die Geschäftserwartungen insgesamt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass im Jahresdurchschnitt 2015 die Investitionsgüterproduktion um 1,6% höher ausfallen wird.

In wesentlich geringerem Umfang als die übrige Industrie ist die **Konsumgüterproduktion** im Allgemeinen konjunkturellen Schwankungen unterworfen; sie ist 2013 deutlich stärker ausgeweitet worden als die gesamte Industrieproduktion und um 0,7% höher gewesen als im Vorjahr. Die Auslandsaufträge stiegen in den ersten neun Monaten 2014 um 5,9% und der Auftragseingang aus dem Inland nahm in diesem Zeitraum um 2,7% zu. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandsgeschäfts stieg die Gesamtnachfrage nach den Erzeugnissen der einheimischen Konsumgüterproduzenten um 4,5%. Im Jahresdurchschnitt 2014 dürfte die Produktion dieses Bereichs um etwa 1,7% zulegen. Nach den aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest wird die Geschäftslage von den Herstellern von Konsumgütern per saldo bis zuletzt gut beurteilt, bei den Geschäftserwartungen setzte sich in den jüngsten Meldungen aber eine überwiegend pessimistische Haltung durch. Angesichts der erwarteten Zunahme

der privaten Konsumausgaben und des steigenden Wirtschaftswachstums wird das reale Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie 2015 um etwa 0,8% höher ausfallen (vgl. Tab. 2).

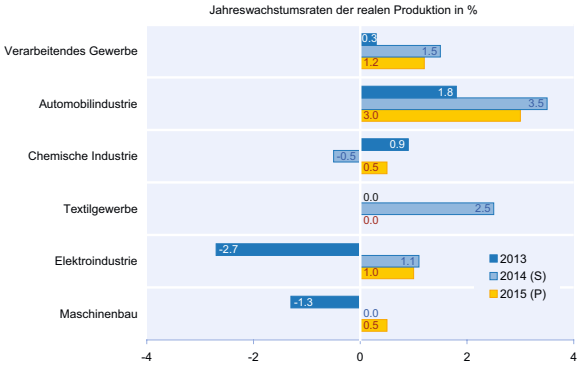
Die **Vorleistungsgüterproduktion** besitzt im Allgemeinen einen Vorlauf gegenüber der Konjunktur im gesamten Verarbeitenden Gewerbe. Gegenwärtig scheint dieses Muster aber in einem wesentlich geringeren Ausmaß als in früheren Konjunkturzyklen zu gelten. Die schwache Konjunktur im Jahr 2013 schlug sich im Vergleich zu anderen Industriegruppen in steigenden Lagerbeständen und einer geringen Ausweitung der Produktion nieder. Bei einem realen Plus der Inlands- und der Auslandsbestellungen von jeweils 0,4% ging die Produktion im Jahresdurchschnitt 2013 leicht um 0,2% zurück. In den ersten neun Monaten 2014 stieg die reale Nachfrage aus dem Ausland um 4,0% und im Inland um 1,7%; angesichts der zur Jahresmitte einsetzenden Abschwächung dürfte die Produktion aber nur um etwa 1,2% im Gesamtjahr 2014 höher sein. Die Aussichten für den Bereich der Vorleistungsgüter sind, wie auch die aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest belegen, eher ungünstig. Die Geschäftserwartungen wurden zuletzt von einer Mehrheit der Produzenten pessimistisch eingeschätzt. Der Bereich der Vorleistungsgüter dürfte aber vom stabilen Wirtschaftswachstum profitieren. 2015 wird die Produktion von Vorleistungsgütern voraussichtlich mit einem realen Plus von rund 1% abschließen.

Globalisierung und eine erstarkende Konkurrenz aus den Schwellenländern verlangen nach neuen Konzepten und ihre gezielte Umsetzung

Selbsteinschätzung chinesischer Maschinenbauer und ihre strategische Ausrichtung dienen deutschen Unternehmen zur Positionierung im weltweiten Wettbewerb

In einer Studie der Impuls-Stiftung, VDMA und EAC – Euro Asia Consulting zur Untersuchung der Wettbewerbsstrategien von 122 ausgewählten chinesischen Maschinenbauunternehmen in acht relevanten Fachzweigen des Maschinenbaus wurden die Pläne und Strategien der führenden Anbieter in den einzelnen Wertschöpfungs-/Funktionalbereichen analysiert. Die Schätzungen zu den einzelnen Branchen finden sich in Tabelle 3.

Abb. 12
Verarbeitendes Gewerbe: Moderater Rückgang im Jahr 2015 zu erwarten



Quelle: Statistisches Bundesamt; Elektroverband (ZVEI); Schätzung (S) und Prognose (P) des ifo Instituts.

Es konnten insgesamt acht wesentliche strategische Stoßrichtungen der chinesischen Unternehmen identifiziert werden, wovon die »Inländische Wachstumsstrategie« als die relevanteste bewertet wurde, gefolgt von »Service-Excellence-Strategien« und der »Produkt-/Technologieaufwertung«.

Damit fokussieren sich die befragten Unternehmen aufgrund des fehlenden technologischen Know-hows gegenüber ausländischen Herstellern zunächst gezielt auf »Good-Enough«-Produkten für das mittlere Marktsegment auf dem global größten Einzelmarkt China. Derartige Maschinenkonstruktionen sind inländischen Kundenpräferenzen aus dem mittleren Marktsegment in Funktions-, Technologie- und Kostenanforderungen angepasst.

Mit Hilfe dieser »Good-Enough«-Strategie konnten sich chinesische Hersteller erfolgreich im mittleren Marktsegment positionieren und hier auch gegenüber technologisch hochwertigeren Maschinen und Anlagen ausländischer Hersteller behaupten. Aus dieser gesicherten Position werden Vorstöße in das obere Marktsegment vorgenommen, die Technologielücke im diesem Marktsegment ist für den Großteil der chinesischen Marktteilnehmer jedoch nach wie vor zu signifikant, um in naher Zukunft erfolgreich eine valide Marktposition zu erreichen.

Mit Service-Excellence-Strategien, welche nach dem Verständnis der chinesischen Wettbewerber insbesondere durch zeitnahen und kostengünstigen Service gekennzeichnet sind, wird versucht, die Technologielücke zu kompensieren. Im Service als einen kaufentscheidenden Faktor sehen sich die chinesischen Wettbewerber damit bereits im Vorteil gegenüber der ausländischen Konkurrenz.

Tab. 2
Industrieproduktion in Deutschland: Prognose und Ausblick

Sektor und Hauptgruppen	Veränderungsraten in %[a)]			
	2013 Istwert	2014 Schätzung	2015 Prognose	2016 Ausblick
Verarbeitendes Gewerbe	0,3	1,5	1,2	2,5
Vorleistungsgüter	– 0,2	1,2	1,0	1,8
Investitionsgüter	0,6	1,7	1,6	3,5
Konsumgüter	0,7	1,7	0,8	1,6

[a)] Gemessen am Produktionsindex, BV4.1, kalender- und saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Tab. 3
Prognosen zur Industrieproduktion nach Branchen getrennt für Deutschland
Produktion (Veränderung gegenüber Vorjahr in %, kalender- und saisonbereinigt)

WZ 2008	Branche	Ist-Werte 2012	Ist-Werte 2013	Schätzung 2014	Prognose 2015	Ausblick 2016
C	Verarbeitendes Gewerbe	– 0,7	0,3	1,5	1,2	2,5
	Vorleistungsgüter	– 2,3	– 0,2	1,2	1,0	1,8
	Investitionsgüter	1,1	0,6	1,7	1,6	3,5
	Konsumgüter	– 1,8	0,7	1,7	0,8	1,6
10	Ernährungsgewerbe	0,4	0,0	– 0,5	0,5	0,5
13	Textilgewerbe	– 6,7	0,0	2,5	0,0	0,5
14	Bekleidungsgewerbe	– 8,4	– 1,8	5,5	– 2,0	– 2,0
16	Holzgewerbe	0,3	– 0,7	– 1,0	0,0	0,5
17	Papiergewerbe	– 1,7	– 1,2	1,5	0,0	0,5
18	Druckerei, Vervielfältigung	– 2,6	– 4,4	0,5	0,0	0,0
19	Mineralölverarbeitung	1,7	– 2,4	– 1,0	0,0	1,0
20	Chemikalien	– 2,9	0,9	– 0,5	0,5	1,5
21	Pharmazeutika	– 1,6	5,7	6,0	2,0	4,0
22	Gummi- und Kunststoffwaren	– 1,7	1,8	2,0	1,5	2,5
23	Glas, Keramik, Steine und Erden	– 3,7	– 0,2	1,5	1,0	0,5
24	Metallerzeugung, -bearbeitung	– 3,5	– 0,4	1,5	1,0	2,0
25	Metallerzeugnisse	– 1,0	1,4	2,5	2,0	3,0
26	Datenverarbeitung, el. Bauelemente	– 1,5	– 0,4	3,0	2,0	4,0
27	Elektrische Ausrüstungen	– 2,7	– 2,7	1,1	1,0	3,5
28	Maschinenbau	1,6	– 1,3	0,0	0,5	3,0
29	Automobilindustrie	– 0,2	1,8	3,5	3,0	4,0
30	Sonstiger Fahrzeugbau	5,9	4,4	0,5	1,0	3,0
31	Möbel	– 0,7	– 4,1	0,0	2,0	2,0
32	Sonstige (Konsum-)Waren	4,1	3,0	2,5	0,5	2,5
	Nachrichtlich:					
ET	Elektrotechnik[a)]	2,5	– 2,4	1,4	1,2	3,6
ME	Metall- und Elektroindustrie[b)]	– 0,1	0,2	1,8	1,6	3,3

[a)] Abgrenzung gemäß ZVEI. – [b)] WZ 2008: 24–30 und 32.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

Aus der gesicherten Position auf dem Heimatmarkt wird eine Expansion in Exportmärkte in zwei Wellen geplant: Zunächst in Märkte mit vergleichbaren Kundenanforderungen und dann in entwickelte Märkte, wie z.B. Europa.

Für den deutschen Maschinenbau bedeuten die Studienergebnisse, dass trotz noch bestehender Technologie- und Qualitätsvorteile akute Handlungsbedarfe in der Überprüfung der einzelnen Wertschöpfungsstrategien im China-Konzept bestehen, wie z.B.:

- F&E: Lokalisierung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten außerhalb der Hightech-/Grundlagenforschung in China, insbesondere zur Umsetzung von lokalen Kundenanforderungen,
- Einkauf/SCM: Kritische, permanente Reflektion bestehender Lokalisierungs- und Optimierungspotenziale zur Erreichung einer maximalen lokalen Beschaffungsquote,
- Produktion: Fertigung von marktgerechten Maschinen-/Anlagekonzepten für das mittlere Marktsegment in China sowie Export in Emerging Markets,
- Vertrieb: Signifikante Verstärkung der Vertriebssysteme insbesondere auch in den westlichen Tier II/III-Marktregionen – ggf. durch Akquisition von Distributoren und
- Service: Kurzfristige Konzeption und Umsetzung von schlagkräftigen »Service-Excellence«-Strategien und Aufbau lokaler Service-Plattformen, z.B. mit anderen Maschinenbau-Unternehmen.

Zusätzlich muss die fortschreitende Internationalisierung der chinesischen Anbieter in den strategisch wichtigen asiatischen Regionen sorgfältig und individuell analysiert, Gegenmaßnahmen zur Verteidigung der eigenen Marktposition (z.B. durch Akquisitionen) und eines nachhaltigen Geschäftsmodells definiert und auch umgesetzt werden.

Neben Selbsteinschätzung chinesischer Maschinenbauer lassen sich anhand von Untersuchungen zur aktuellen Situation sowie zu den Zukunftsaussichten des heimischen Maschinenbausektors weitere strategische Erfolgsfaktoren der Branche ableiten.

Laut einer Studie von VDMA und McKinsey zu den innerbetrieblichen Erfolgsfaktoren deutscher Maschinenbauer steht die Branche im Hinblick auf Wachstum und Profitabilität gut da. Sie ist an vielen Stellen Innovationsführer und agiert vor allem mit Premiumprodukten weltweit sehr erfolgreich. Die Studie zeigt aber auch, dass sich der Markt

rasant verändert und die internationale Konkurrenz zunimmt. Insbesondere letztere drängt mit immer hochwertigeren Produkten zu attraktiven Preisen auf den Markt. Dabei sind es meistens die Wettbewerber aus den aufstrebenden Ländern, die von »unten«, d.h. aus dem sogenannten Low-Cost-Segment, zunächst das »mittlere Preissegment« und dann mit »smarten« Innovationen auch den Premiumbereich angreifen.

Deutsche Maschinenbauer sollten eine Doppelstrategie verfolgen:

- Einerseits sollte die Branche weiterhin auf Innovationen und hochwertige Produkte setzen. Um überdurchschnittlich profitabel zu sein und wachsen zu können, muss dies entweder mit einer exzellenten heimische Wertschöpfung (Stichwort hohe Produktivität mit entsprechenden jährlichen Steigerungsraten) und/oder mit einer internationalen Ausrichtung (unter Ausnutzung internationaler Kostenstrukturen) verknüpft werden. Hier gibt es große Potenziale, da der Produktivitätsanstieg über die letzten Jahre in Deutschland anderen Ländern deutlich hinterher hing. Technologische Entwicklungen, wie z.B. »Industrie 4.0«, bieten hierbei neue Chancen.
- Zum anderen muss den aufstrebenden internationalen Wettbewerbern in deren Heimatmärkten frühzeitig Paroli geboten werden. Das heißt, deutsche Maschinenbauer sollten in die mittleren und unteren Preissegmente stärker eindringen. Ein solches Vorhaben wird allerdings nur dann durchschlagend gelingen, wenn die gesamte Wertschöpfungskette, also auch Forschung und Entwicklung (F&E), in diesen Ländern stattfindet und das Geschäftsmodell vollständig darauf ausgerichtet ist. Heute findet noch 94% der F&E-Leistung in Deutschland statt.

Ein weiterer Ansatzpunkt für deutsche Maschinenbauer liegt in der stärkeren Nutzung der Vorteile bei modularisierten Produkten. Dies kann helfen, sich durch ein breites und gleichzeitig kostengünstiges Produktspektrum von Wettbewerbern abzugrenzen und gilt sowohl für Einzelmaschinen, als auch für Komplettlösungen, also das Hinstellen ganzer Fertigungsstraßen.

Ein erhebliches Wachstums- und vor allem Gewinnpotenzial liegt außerdem im Aftersales- und Servicegeschäft. Bisher entfällt auf das Servicegeschäft ein Umsatzanteil von durchschnittlich nur 15%. Das ist deutlich ausbaubar und erfordert dedizierte Servicestrategien und entsprechende Serviceproduktangebote.

Insgesamt zeigt die von VDMA und McKinsey durchgeführte Studie sechs sehr konkrete Handlungsfelder auf, die dem deutschen Maschinenbau helfen können, in Zukunft weiterhin erfolgreich zu sein.

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel Reaktionen des stationären Handels auf die Online-Konkurrenz

Gülsüm Orhan

Im Branchenforum Handel beschäftigten sich die Referenten mit der konjunkturellen Entwicklung im Großhandel und im Einzelhandel, den Reaktionen des stationären Handels auf die Online-Konkurrenz sowie der spezifischen Situation des Einzelhandels in Berlin und Brandenburg, wobei ein Schwerpunkt der massive Umbruch in der Handelslandschaft war.

Großhandel: Keine wesentliche Umsatzveränderung

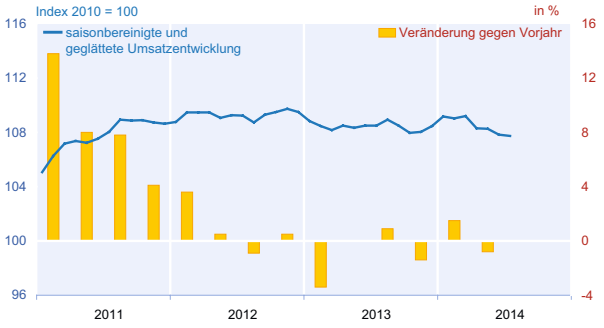
Über die konjunkturelle Entwicklung im Handel referierte Arno Städtler vom ifo Institut. Im gesamten Jahr 2013 war im Großhandel (ohne Handelsvermittlung und ohne Kraftfahrzeughandel) ein leichter Umsatzrückgang zu beobachten (vgl. Abb. 13). Die nominalen Umsätze verfehlten das Ergebnis des Vorjahres um 1,0%. Zu konstanten Preisen ergab sich ein Minus um 0,4%. Im Jahr 2014 trat nach dem Aufschwung im ersten Quartal eine leichte Abschwächung ein. Im Zeitraum von Januar bis August verfehlten die Umsätze des Großhandels das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um 0,4%, was real einem Plus von 0,9% entspricht.

Umsatzminus im Produktionsverbindungshandel

Der Produktionsverbindungshandel (Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen), der ein wichtiger Indikator für die Industrieproduktion und den Export ist, konnte seine Umsätze nach einem Rückgang im Vorjahr zu Beginn des Jahres 2014 zunächst stabilisieren, bevor zur Mitte des Jahres eine starke Abschwächung eintrat (vgl. Abb. 14). Trotzdem übertrafen die Umsätze in den ersten acht Monaten das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums

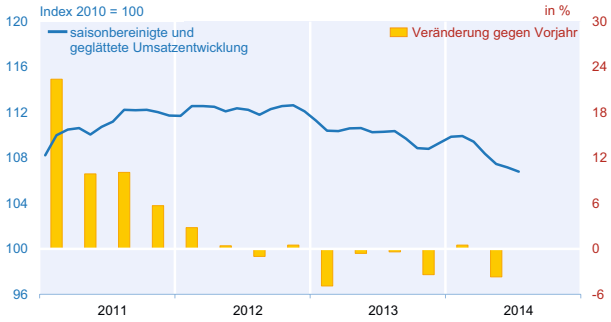
Abb. 13

Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 14
Entwicklung der nominalen Umsätze im Produktionsverbindungshandel



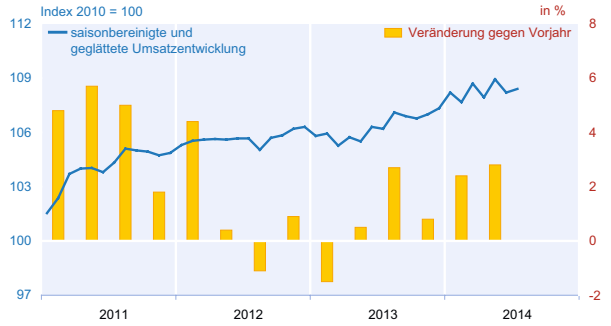
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

real um 0,2%. Nominal ergab sich ein Rückgang um 2,4%. Eine überdurchschnittliche Expansion der nominalen Umsätze verzeichneten vor allem die Großhändler mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör. Auch der Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik konnte seine nominalen Umsätze stärker steigern als der gesamte Produktionsverbindungshandel. Bremseffekte zeigten sich in der Umsatzentwicklung des Großhandels mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren, die hier in einer Verminderung der Wachstumsrate zum Ausdruck kamen.

Nominale Umsätze im Konsumgütergroßhandel tendieren nach oben

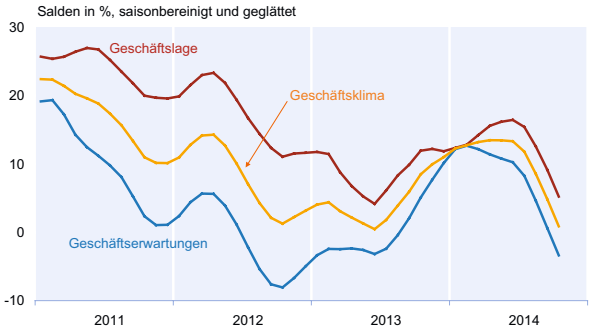
Im Konsumgütergroßhandel traten seit Beginn des Jahres deutliche Schwankungen auf, die nominalen Umsätze tendierten aber insgesamt nach oben (vgl. Abb. 15). Im Zeitraum von Januar bis August 2014 ergab sich ein nominales Plus von 1,8% gegenüber dem Vorjahr, was real einem Wachstum von 1,6% entspricht. Einen vergleichsweise starken Anstieg der nominalen Umsätze verzeichnete der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Etwas geringer fiel das Wachstum der Umsätze im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren aus.

Abb. 15
Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 16
Geschäftsentwicklung im Großhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

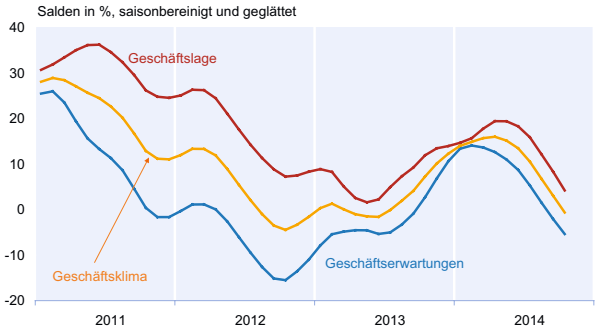
Großhandel insgesamt: Aussichten trüben sich ein

Im Rahmen des ifo Konjunkturtests berichteten die Großhändler nach einer Belebung im ersten Halbjahr in den folgenden Monaten weniger oft über eine gute Lage (vgl. Abb. 16). Die Perspektiven trübten sich ein, und die Großhändler blicken der weiteren Zukunft überwiegend pessimistisch entgegen. Aufgrund des weiterhin hohen Lagerdrucks bleibt die Bestelltätigkeit, die in den letzten Monaten nach unten korrigiert wurde, unverändert. Die Umfrageteilnehmer sahen zuletzt häufiger Chancen, eine Anhebung der Verkaufspreise durchsetzen zu können. Insgesamt werden die im Jahr 2014 erzielten Umsätze das Vorjahresergebnis wohl gerade erreichen. Für 2015 deuten wichtige Einflussfaktoren auf eine Belebung der nominalen Umsätze hin, so dass sich ein Plus von schätzungsweise 1 bis 2% ergeben wird.

Produktionsverbindungshandel erwartet Abschwächung

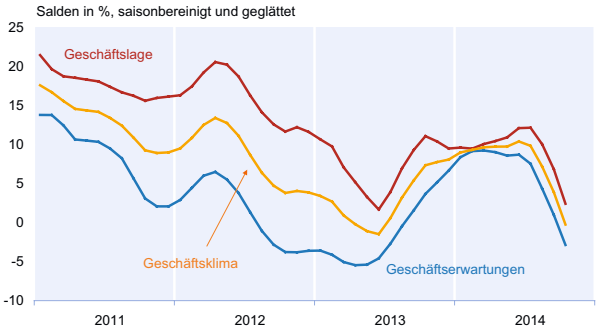
Die Unternehmen des Produktionsverbindungshandels gingen nach den jüngsten Befragungen im Rahmen des ifo Konjunkturtests für die kommenden Monate von einer Geschäftsabschwächung aus (vgl. Abb. 17). Damit stehen ihre Erwartungen im Einklang mit den Perspektiven und Plänen der Firmen des Verarbeitenden Gewerbes, die eine wichtige Kundengruppe darstellen. Nachdem die Auslastung der Kapazitäten in diesem Bereich binnen Jahresfrist von 83,3% auf 83,7% gestiegen war, rechneten die Hersteller nicht mehr damit, die Produktion ausweiten zu können. Dementsprechend ist mit einem Rückgang ihrer Nachfrage nach Rohstoffen und Halbwaren zu rechnen. Der bis Sommer überdurchschnittliche Auslastungsgrad sowie die günstigen Finanzierungsbedingungen hatten die Investitionsbereitschaft der Hersteller positiv beeinflusst. Inzwischen hat sich das Investitionsklima verschlechtert, aber die Ausrüstungsinvestitionen werden laut Gemeinschaftsdiagnose gleichwohl um nominal reichlich 4% zunehmen. Auch die Erwartungen der Investitionsgütergroßhändler

Abb. 17
Geschäftsentwicklung im Produktionsverbindungshandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 18
Geschäftsentwicklung im Konsumgütergroßhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

trübten sich in den letzten Monaten ein. Im baunahen Großhandel ist mit einem deutlichen Zuwachs der nominalen Umsätze zu rechnen. Die bauaffinen Großhandelssparten profitieren von den günstigen Bedingungen für den Wohnungsbau. Eine gute Arbeitsmarktlage sowie günstige Konditionen für Baukredite werden die privaten Haushalte weiterhin zum Erwerb von Wohneigentum bewegen. Die Bauinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft werden ebenfalls zunehmen, wobei die Impulse von erhöhten Ausrüstungsinvestitionen kommen. Auch der öffentliche Bau darf vor allem aufgrund der für Infrastrukturmaßnahmen bereitgestellten Mittel mit steigender Nachfrage rechnen. Insgesamt ist für den Produktionsverbindungshandel im Jahr 2015 angesichts des prognostizierten Anstiegs der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen ein leichtes Umsatzplus zu erwarten. Potenzielle Gefahr stellen die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten und in der Ukraine dar, da diese die Investitionspläne der Unternehmen negativ beeinflussen und Bremswirkungen in der Umsatzentwicklung der einschlägigen Großhandelsbereiche zur Folge haben können.

Konsumgütergroßhandel: Umsatzanstieg zu erwarten

Die Unternehmen des Konsumgütergroßhandels beurteilten ihre aktuelle Geschäftslage im Oktober weiterhin überwiegend als gut (vgl. Abb. 18). Für das gesamte Jahr 2014 ist unter Berücksichtigung gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren von Umsätzen auszugehen, die das Ergebnis des Vorjahres um 2 bis 3% übertreffen. Der Konsumgütergroßhandel als Lieferant des Einzelhandels und gastronomischer Betriebe wird dabei von der Zunahme des verfügbaren Einkommens profitieren, die die Konsumfähigkeit der privaten Haushalte beflügelt. Der Anstieg des verfügbaren Einkommens wird auch 2015 andauern. Aufgrund der Mindestlohnregelung werden die Löhne und Gehälter beschleunigt zunehmen. Da steigende Ausgaben für das Gesundheitswesen sowie für Mieten die Kaufkraft privater Haushalte stärker ausschöpft, dürften die Umsätze des Konsumgütergroßhandels etwas weniger stark zunehmen als 2014.

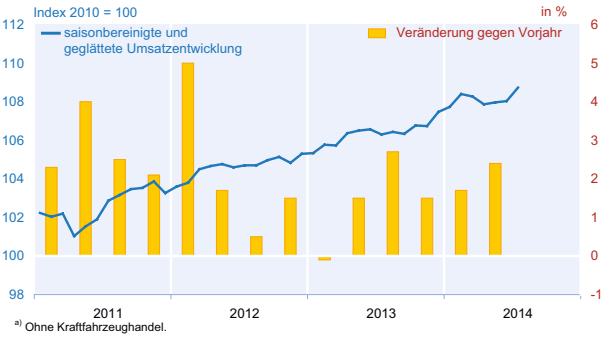
Einzelhandelsumsätze tendieren nach oben

Im Zeitraum von Januar bis August 2014 tendierten die nominalen Umsätze des Einzelhandels (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) nach oben. Damit setzte sich die Aufwärtsentwicklung fort, die gegen Ende des Jahres 2012 begonnen hatte (vgl. Abb. 19). Nach einem Plus im Jahr 2013 von nominal 1,5 und real 0,2% übertrafen die Umsätze in den ersten beiden Tertialen des Jahres 2014 das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um 1,7%. Real, also zu konstanten Preisen, waren die Umsätze um 1,1% höher. Der Einzelhandel profitiert dabei insbesondere von der Belebung des privaten Verbrauchs (nach derzeitigen Prognosestand 2014: nominal + 1,9%).

Ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum von nominal 2,4% erzielten die Unternehmen, die hauptsächlich Lebensmittel vertreiben. Real entspricht das einem Anstieg um 1,1% (2013/2012: nominal: + 4,1%; real + 1,4%). Zur Aufwärtsentwicklung hat vor allem die deutliche Nachfragebelebung zu Beginn des Jahres 2014 beigetragen.

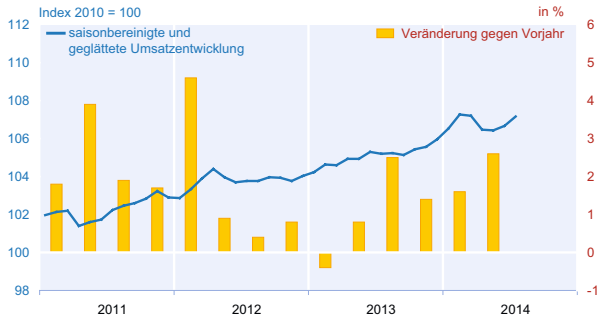
Einzelhändler, die vorwiegend Nichtlebensmittel vertreiben, übertrafen im gesamten Zeitraum von Januar bis August

Abb. 19
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel[a)]



[a)] Ohne Kraftfahrzeughandel.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 20
Entwicklung der nominalen Umsätze im stationären Einzelhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

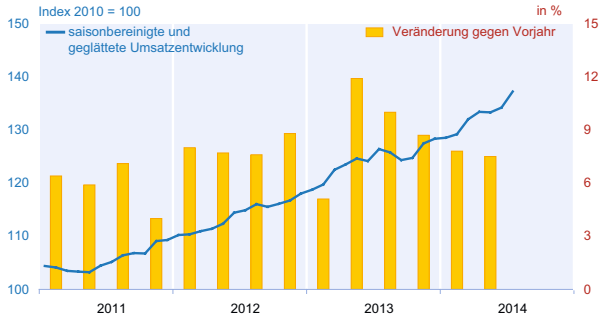
2014 das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um 1,5%. Ausschlaggebend für diesen Zuwachs waren die starken Aufwärtsentwicklungen zu Beginn der beiden Jahreshälften. Real, also zu konstanten Preisen, bedeutet das ein Plus von 1,5%.

Auch die Entwicklung der einzelnen Angebotstypen wich teilweise beträchtlich von der des Gesamtaggregats ab. Das zeigt sich besonders deutlich in der Unterscheidung zwischen dem stationären Einzelhandel und dem Distanzhandel. Die stationären Händler verzeichneten in den ersten acht Monaten 2014 einen Umsatzzuwachs gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von nominal 1,6%. Real waren die Umsätze um 0,8% höher (vgl. Abb. 20). Die Umsätze des katalog- und internetbasierten Versandhandels erhöhten sich nach dem starken Anstieg im Vorjahr erneut (nominal: + 7,4%; real: + 7,5%) (vgl. Abb. 21).

Moderates Umsatzplus für 2015 erwartet

Im Jahr 2015 werden die Einzelhandelsumsätze nicht zuletzt aufgrund der weiter aufwärts gerichteten Konsumkonjunktur zunehmen. Bei wesentlich geringerer Zunahme des Arbeitsvolumens wird die Summe der Nettolöhne und -gehälter, bedingt auch durch die Mindestlohnregelung, stärker zunehmen als 2014. Unter Berücksichtigung verstärkt steigender monetärer Sozialleistungen sowie höherer Vermögen-

Abb. 21
Entwicklung der nominalen Umsätze im Versand- u. Interneteinzelhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

seinkommen und Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit kann von einem Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um 2,8% ausgegangen werden. Auch der private Verbrauch wird mit fast der gleichen Rate (+ 2,7%) steigen und somit stärker zulegen als 2014. Allerdings wird der Umsatz des Einzelhandels mit dieser Entwicklung erneut nicht Schritt halten können. Insgesamt werden die Unternehmen wohl einen Anstieg der nominalen Umsätze um etwa 2,0% erzielen.

Frau Gülsüm Orhan vermittelte den Zuhörern einen Überblick über die PBS-Branche (Papier, Büroartikel und Schreibwaren). Der stationäre Fachhandel hat hier mit tiefgreifenden Problemen zu kämpfen, die sich in einem nahezu kontinuierlichen Umsatzrückgang sowie der Verringerung der Anzahl der Unternehmen sichtbar machen. Dies ist nicht zuletzt der Konkurrenz durch den Online-Handel zu verschulden, der mit weiteren Marktanteilsgewinnen rechnen darf. Attraktive Einkaufserlebnisse, guter Service, kompetente Beratung sowie die Fokussierung auf die Nahversorgung gelten als wichtige Überlebensstrategien für den stationären PBS-Fachhandel. Zudem ist jedoch zu berücksichtigen, dass die kontinuierlichen Veränderungen den stationären Handel vor neuen Herausforderungen stellen und innovative Ideen deswegen immer unerlässlicher werden.

Hans-Georg Maier, Geschäftsführer Edeka Handelsgesellschaft Südbayern mbH, referierte zum Thema »Die Chancen des Mittelstands im Lebensmittel-Einzelhandel«. Er vermittelte den Zuhörern einen anschaulichen Überblick über die Struktur, das Sortiment und die Logistik seines Unternehmens. Über 4 000 selbständige Kaufleute, 327 900 Mitarbeiter, 17 600 Auszubildende und ein Umsatz von 46,2 Mrd. Euro kennzeichnen die EDEKA-Gruppe. Nach seiner Erfahrung in der Praxis hat sich die Übertragung der Einzelstandorte an selbständige Kaufleute und deren Unterstützung durch die Genossenschaft als eine gute Unternehmensstrategie erwiesen. Die Rechtsform der Genossenschaft stärkt die Unternehmer, indem sie ihnen großen unternehmerischen Spielraum und somit ein hohes Maß an Selbstbestimmung ermöglicht. Einen besonderen Schwerpunkt legte Herr Maier auch auf die Regionalität des Sortiments. Als ein großer Vermarkter von regionalen Produkten stärkt sein Unternehmen die Stellung der heimischen Produzenten und sichert auf diese Weise eine wichtige Anzahl von Arbeitsplätzen. Denn die Identifikation der Kunden mit ihrer Einkaufstätte schafft eine hohe emotionale Kundenbindung und lässt die Kaufkraft wieder zurück in die Region fließen.

Der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Berlin-Brandenburg, Herr Busch-Petersen, berichtete zu Beginn seines Vortrags über die Entwicklung des Umsatzes, der Verkaufsfläche und der Zahl der Beschäftigten im Berliner Einzelhandel. Dessen Umsätze stiegen in den zurückliegenden Jahren nach dem krisenbedingten Rückgang stark an. Im Jahr 2013 beliefen sich die nominalen Umsätze

im stationären Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel, Apotheken und Tankstellen) auf 14,2 Mrd. Euro. Die Zahl der Beschäftigten hat sich von rund 105 000 im Jahr 1991 in den folgenden 22 Jahren auf etwa 69 700 verringert. Einen deutlichen Anstieg verzeichnete die Verkaufsfläche des Berliner Einzelhandels. Von 2,625 Mill. qm im Jahr 1991 nahm sie auf 5,220 Mill. qm zu. Rund ein Viertel dieser Verkaufsfläche entfällt auf Shopping-Center. In den vergangenen Jahren hat sich deren Zahl deutlich erhöht, inzwischen gibt es 66 Shopping-Center mit mehr als 5 000 qm Verkaufsfläche. Die in den zurückliegenden Jahren stattfindende Dynamik im Berliner Einzelhandel steht nach Herrn Busch-Petersen vor allem in Verbindung mit der zunehmenden Bedeutung des Tourismus. Zwischen 2010 und 2014 hat sich der Umsatzanteil, den der Berliner Einzelhandel mit in- und ausländischen Tagestouristen und Übernachtungsgästen von 24,9 auf 26% erhöht.

Infolge der rückläufigen und alternden Bevölkerung Berlins und Brandenburgs ist auch zukünftig mit einer Veränderung der Angebotstypenstruktur des Einzelhandels zu rechnen. Zudem wird der Online-Handel weiter an Bedeutung gewinnen. Der stationäre Handel wird sich aufgrund der starken Konkurrenz und des verändernden Kundenverhaltens grundlegend verändern; der Einkauf im Geschäft wird den steigenden Anforderungen an Bequemlichkeit und Schnelligkeit immer besser gerecht. Die Verzahnung von online, offline und mobil wird unverzichtbar. Innovative Store-Konzepte, die die Vorteile des stationären Handels mit denen des E-Commerce verbinden, dominieren mehr und mehr die verbleibenden Innenstadtlagen. Die Bestellung und Bezahlung von Produkten wird jederzeit, überall und von jedem Endgerät aus möglich. Darüber hinaus wurde eine Befragung des Bundesverbands für Versandhandel vorgestellt, nach der sich der Sonntag als der umsatzstärkste Tag im E-Commerce erwiesen hatte. Deswegen stellte Herr Busch-Petersen die Sinnhaftigkeit der staatlichen Regulierung der Sonntagsöffnung im stationären Einzelhandel in Frage.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor Bedeutung des Gebäudebestands für die Energiewende

Ludwig Dorffmeister und Erich Gluch

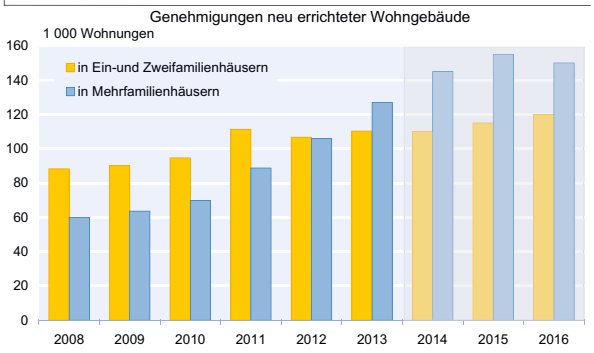
Im Einführungsvortrag stellte Ludwig Dorffmeister, ifo Institut, die neueste Prognose zu den Wohnungsgenehmigungen vor. Mit rund 270 000 Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden dürften die Genehmigungsaktivitäten 2015 ihren Höhepunkt erreichen und im Jahr darauf bereits wieder etwas darunter liegen. Während der Bereich Geschosswohnungsbau lediglich noch im nächsten Jahr – auf dann 155 000 Wohnungen – zulegen kann, dürfte der Eigenheimbau sowohl 2015 als auch 2016 ein leichtes Wachstum aufweisen (vgl. Abb. 22). So dürften entsprechend der aktuellen Einschätzung 2016 rund 120 000 Wohnungen in neuen Ein- und Zweifamilienhäusern genehmigt werden.

Für 2014 werden 215 000 Wohnungsfertigstellungen erwartet

In der Fertigstellungsstatistik kommen diese Zuwächse erst mit zeitlicher Verzögerung an. So ist für 2015 mit ca. 235 000 Wohnungsfertigstellungen in neuen Wohngebäuden auszugehen – nach 215 000 Einheiten im laufenden Jahr (vgl. Tab. 3). 2016 dürfte die Fertigstellungszahl dann auf 250 000 Wohnungen anwachsen. Hinzu kommen 35 000 Einheiten in neu errichteten Nichtwohngebäuden bzw. in bestehenden Gebäuden aufgrund von Umbau- bzw. Ausbaumaßnahmen. Insgesamt werden für 2016 deshalb etwa 285 000 Wohnungsfertigstellungen erwartet.

Die Gründe für die Neubauentwicklung liegen in der derzeit sehr starken, aber bald wieder merklich zurückgehenden Zuwanderung. So dürfte sich die wirtschaftliche Lage in zahlreichen anderen europäischen Ländern allmählich verbessern und damit die dortige Auswanderungsbereitschaft wieder verringern. Auch wenn 2015 der Höhepunkt der dann siebenjährigen Aufwärtsentwicklung im Wohnungsneubau

Abb. 22
Genehmigungsaktivitäten erreichen 2015 ihren Höhepunkt



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Tab. 4
Wohnungsfertigstellungen in Deutschland nach Gebäudearten 2007 bis 2016
1 000 Wohnungen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014[a)]	2015[a)]	2016[a)]
	Deutschland insgesamt									
In neu errichteten Wohngeb.	185,3	152,2	136,5	140,1	161,2	176,6	188	215	235	250
davon in:										
Ein- und Zweifamiliengeb.	124,0	96,4	83,9	85,4	97,0	100,3	102	105	110	115
Mehrfamiliengebäuden[b)]	61,3	55,9	52,6	54,7	64,2	76,3	86	110	125	135
Sonstige Fertigstellungen[c)]	25,4	23,7	22,5	19,7	21,9	23,9	26	31	33	35
Wohnungen insgesamt	210,7	175,9	159,0	159,8	183,1	200,5	215	246	268	285

[a)] Prognose des ifo Instituts. – [b)] Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – [c)] In bestehenden Gebäuden (saldiert) sowie in neu errichteten Nichtwohngebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

(sieben Jahre mit steigenden Genehmigungszahlen) erreicht werden wird, dürfte die Neubaunachfrage auch mittelfristig hoch bleiben. Allerdings gehen bereits heute von den niedrigen Bauzinsen, dem Fehlen von Anlagealternativen und der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt nur noch geringe positive Zusatzwirkungen aus.

Andererseits haben die vielerorts stark gestiegenen Grundstückspreise die Bezahlbarkeit von Immobilieneigentum massiv verringert. Auch bei den derzeit extrem niedrigen Hypothekenzinsen kann sich ein erheblicher Teil der Privathaushalte den Erwerb von Wohneigentum nicht mehr leisten. Hinsichtlich einer geplanten Weitervermietung sind die erzielbaren Renditen ebenfalls deutlich gesunken. Hinzu kommt, dass ab 2016 die neuen baukostentreibenden Energievorschriften für Neubauvorhaben gelten. Auch deshalb dürfte die Neubaunachfrage nach Geschosswohnungen dann leicht rückläufig sein.

Bezüglich der Maßnahmen im Wohngebäudebestand dürfte sich die schwache Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen und damit das Wachstum des Wohnungsbaus stark abbremsen. Noch immer entfällt der größte Teil der Wohnungsbauaktivitäten auf die Bestandsmaßnahmen, also auf die Instandhaltung, Modernisierung sowie auf Um- und Ausbauarbeiten. In Anbetracht des sehr umfangreichen Gebäudebestandes und seiner ungünstigen Altersstruktur dürfte die Nachfrage nach Bestandsleistungen auch weiter-

Tab. 5
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 2007 bis 2016
Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro (Referenzjahr: 2010)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014[a)]	2015[a)]	2016[a)]
Wohnungsbau	**136,52**	**132,21**	**127,76**	**133,27**	**146,7**	**151,5**	**152,5**	**157,8**	**161,0**	**162,6**
Nichtwohnbau	**102,71**	**105,67**	**102,08**	**103,86**	**110,3**	**107,1**	**106,0**	**109,0**	**111,3**	**110,4**
davon:										
gewerblicher Bau	**70,57**	**73,49**	**69,71**	**70,59**	**76,2**	**75,8**	**74,5**	**76,3**	**78,0**	**77,2**
- gew. Hochbau	55,00	58,56	54,89	54,58	59,2	58,8	57,7	59,1	60,6	60,0
- gew. Tiefbau	15,58	14,98	14,85	16,01	17,0	17,0	16,8	17,1	17,4	17,2
öffentlicher Bau	**32,14**	**32,18**	**32,36**	**33,27**	**34,1**	**31,2**	**31,5**	**32,7**	**33,3**	**33,2**
- öff. Hochbau	11,67	11,72	12,55	13,84	13,6	11,7	11,8	12,0	12,2	12,2
- öff. Tiefbau	20,45	20,44	19,80	19,43	20,5	19,5	19,7	20,7	21,1	21,0
Insgesamt	**239,26**	**237,90**	**229,84**	**237,12**	**256,9**	**258,6**	**258,4**	**266,8**	**272,3**	**273,0**
	Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014[a)]	2015[a)]	2016[a)]
Wohnungsbau	**– 1,8**	**– 3,2**	**– 3,4**	**4,3**	**10,1**	**3,3**	**0,6**	**3,5**	**2,0**	**1,0**
Nichtwohnbau	**1,9**	**2,9**	**– 3,4**	**1,7**	**6,2**	**– 2,9**	**– 1,0**	**2,8**	**2,1**	**– 0,8**
davon:										
gewerblicher Bau	**3,1**	**4,1**	**– 5,1**	**1,3**	**7,9**	**– 0,5**	**– 1,8**	**2,4**	**2,3**	**– 1,0**
- gew. Hochbau	4,2	6,5	– 6,3	– 0,6	8,4	– 0,6	– 1,9	2,5	2,5	– 1,0
- gew. Tiefbau	– 0,3	– 3,9	– 0,9	7,8	6,2	0,0	– 1,3	2,0	1,5	– 1,0
öffentlicher Bau	**– 0,8**	**0,1**	**0,6**	**2,8**	**2,5**	**– 8,4**	**0,8**	**3,9**	**1,8**	**– 0,3**
- öff. Hochbau	1,7	0,4	7,1	10,3	– 1,7	– 14,0	0,8	2,0	1,5	0,0
- öff. Tiefbau	– 2,2	0,0	– 3,1	– 1,9	5,5	– 4,7	0,8	5,0	2,0	– 0,5
Insgesamt	**– 0,2**	**– 0,6**	**– 3,4**	**3,2**	**8,4**	**0,6**	**– 0,1**	**3,2**	**2,1**	**0,3**

[a)] Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

hin hoch bleiben. In den vergangenen Jahren wurden aber bereits in erheblichen Maße Maßnahmen am Gebäudebestand vorgenommen.

In der Vergangenheit sind vor allem die Gebäudeeigentümer tätig geworden, die sich aus Sanierungs- bzw. Modernisierungsarbeiten größere Vorteile erhoffen durften, wie z.B. eine Werterhöhung der Immobilie, höhere erzielbare Mieten oder große Energieeinsparungen. Zudem haben gerade die Eigentümer investiert, die über die nötige Mittelausstattung verfügten. Aktuell sind demnach tendenziell die Immobilieneigentümer an der Reihe, die eher geringe Anreize zu entsprechenden Baumaßnahmen haben bzw. denen schlichtweg die Mittel hierzu fehlen. Hinzu kommt, dass sich aktuell weiterhin etliche potenzielle Bauherren Hoffnungen auf eine – wie auch immer geartete – größere finanzielle Unterstützung des Staates machen und deshalb erst einmal abwarten.

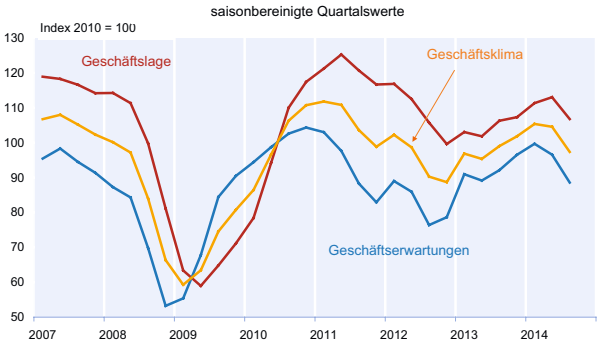
Diese Entwicklung im Bestandsbereich hat zur Folge, dass die Wohnungsbauinvestitionen deutlich langsamer wachsen. Obwohl der Neubau in diesem und im nächsten Jahr noch einmal kräftig zulegen wird, dürften die Wohnungsbauleistungen 2014 insgesamt um 3½% und 2015 um lediglich 2% zunehmen. Im Jahr 2016 wird sich die Ausweitung der Bauaktivitäten weiter abschwächen und nur noch rund 1% erreichen (vgl. Tab. 5).

Bis zum Spätsommer rege Bautätigkeit der Unternehmen

Die Investitionsnachfrage der Unternehmen – und damit auch die gewerbliche Baunachfrage – ist hohem Maße vom allgemeinen wirtschaftlichen Umfeld abhängig. Die Frühjahrsbelebung führte denn auch zu einem spürbaren Anstieg der gewerblichen Bauleistungen, wobei hier sicherlich die äußerst milde Witterung eine große Rolle spielte. Dennoch war auch im zweiten Quartal 2014 kein Einbruch der Bauleistungen zu erkennen, worauf etwa die monatliche Erhebung bei Firmen des Bauhauptgewerbes hindeutet. Gerade im gewerblichen Hochbau (Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten) setzte sich diese positive Entwicklung bis einschließlich September – neuere statistische Zahlen liegen derzeit nicht vor – fort. Laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stiegen die gewerblichen Bauinvestitionen im ersten Halbjahr 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum preisbereinigt um 5%.

Dieser starke Zuwachs bildet die Grundlage für die positive Jahresentwicklung. So schlägt sich die seit dem Sommer immer stärker zu spürende Konjunktureintrübung auch in der Investitionstätigkeit der Unternehmen nieder. Einerseits verläuft die Nachfrage einiger wichtiger Handelspartner sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas weniger günstig als erwartet, andererseits bergen die aktuellen geopolitischen Konflikte einige Unsicherheiten für die

Abb. 23
ifo Geschäftsklima Deutschland[a)]



[a)] Gewerbliche Wirtschaft: Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

Quelle: ifo Institut.

hier ansässige Wirtschaft. Abzulesen ist die negative konjunkturelle Entwicklung beispielsweise an der Eintrübung des ifo Geschäftsklimas (vgl. Abb. 23). Die erste kleine Abwärtsbewegung war im Umfragemonat Mai zu verzeichnen. Inzwischen hat sich das Klima merklich eingetrübt.

Aufgrund der verschlechterten Konjunkturaussichten initiieren die Firmen weniger Neubauvorhaben und verlegen sich wieder stärker auf die Pflege des Gebäudebestandes. Gleichwohl ist derzeit von einem Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen im laufenden Jahr um nahezu 2½% auszugehen, wobei sich der Hochbaubereich etwas positiver entwickeln dürfte.

Die Institute der Gemeinschaftsdiagnose prognostizierten in ihrer Herbstschätzung ein leichtes Wachstum der Wirtschaft im vierten Quartal. Insgesamt wurde die Prognose des Bruttoinlandsprodukts von ursprünglich 1,9 auf inzwischen 1,3% abwärtskorrigiert. Neuere Information sprechen aktuell sogar für ein noch etwas schwächeres Wachstum. Gleichwohl würde auch damit eine – auf Jahresbasis – deutliche Konjunkturbelebung einhergehen. So lagen die Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2012 bei 0,4% und 2013 sogar nur bei 0,1%.

Positiv für die gewerbliche Baunachfrage ist derzeit unter anderem die stärkere Ausweitung des Online-Handels sowie die gesunkene Sparneigung der Privathaushalte zu bewerten. Davon dürften die Bereiche Logistik- und Einzelhandelsgebäude profitieren. Darüber hinaus wird die Deutsche Bahn AG vom Bund zukünftig 4 Mrd. Euro statt bislang 2,5 Mrd. Euro für die Modernisierung des Schienennetzes erhalten – vorwiegend für die Instandsetzung bzw. den Neubau von Brücken. Auch haben sich die Telekommunikationsfirmen bereiterklärt, 2015 wesentlich mehr in den Breitbandausbau zu investieren.

Zusammen mit der allgemeinen Konjunkturaufhellung im nächsten Jahr ist für 2015 deshalb ebenfalls mit einem Anstieg der gewerblichen Bauleistungen um fast 2½% zu rechnen. Wie gut das kommende Jahr wirtschaftlich aber

tatsächlich verlaufen wird, wird derzeit lebhaft diskutiert. Für 2016 wird aufgrund eines dann wohl wieder schwächeren Wirtschaftswachstums eine Konsolidierung auf hohem Niveau prognostiziert. Dabei dürfte der Umfang der Wirtschaftsbauleistungen um rund 1% schrumpfen.

Kommunen trotzen der weiter angespannten Haushaltslage

Laut amtlichen Berechnungen konnten die öffentlichen Tiefbauinvestitionen im ersten Halbjahr 2014 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 14% zulegen. Daran dürften die Kommunen – die wichtigsten öffentlichen Auftraggeber – erheblichen Anteil haben, da beispielsweise die vom Bund angekündigte Investitionsoffensive im Verkehrsbereich nur sehr schleppend anläuft. So dürften die für die laufende Legislaturperiode vorgesehenen zusätzlichen 5 Mrd. Euro für die Verkehrsbereiche Straße, Bahn (zählt zum gewerblichen Bau) und Wasserwege erst im nächsten Jahr eine nennenswerte Wirkung entfalten. Für den Straßenbau stehen dabei insgesamt 3,5 Mrd. Euro mehr zur Verfügung. Daneben gilt es aber erst einmal die durch die Neuberechnung der Mautpreise realisierten Einnahmeeinbußen auch tatsächlich in vollständigem Umfang auszugleichen.

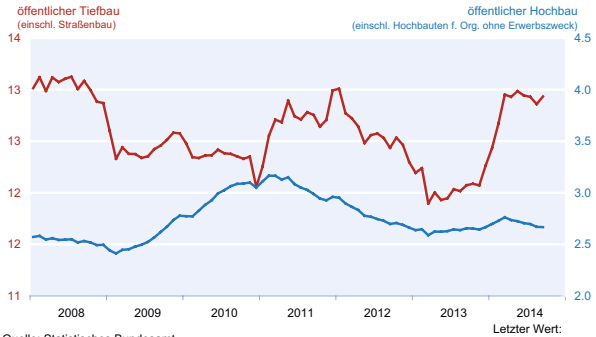
Laut den Ergebnissen der amtlichen Kassenstatistik haben im ersten Halbjahr 2014 die Bauausgaben der Kommunen – aber auch die der in diesem Zusammenhang weniger bedeutenden Bundesländer sowie des Bundes – im Vergleich im Vorjahr deutlich zugenommen. Dabei lag der Fokus klar auf Tiefbaumaßnahmen, wie etwa Straßenbauarbeiten. Der Hochbaubereich, in dem die Kommunen ganz klar den Ton angeben, wies dagegen im ersten Halbjahr – gemäß amtlichen Berechnungen zu den Bauinvestitionen – so gut wie kein Wachstum auf.

Angesichts der weiter schwierigen Haushaltslage vieler Gemeinden und Städte, die beispielsweise durch Umfragen der KfW oder von Ernst & Young immer wieder bestätigt wird, hat der erhebliche Investitionsanstieg der Kommunen in der ersten Jahreshälfte positiv überrascht. Die für das zweite Quartal erwartete Korrektur zu Jahresbeginn ist ausgeblieben (vgl. Abb. 24). Normalerweise wird bei solch überaus günstigen Wetterbedingungen der Auftragsbestand deutlich abgebaut, und es kommt in der Folge vorübergehend zu einer spürbaren Einschränkung der Baumaßnahmen – insbesondere wenn die Ausgabenspielräume der Kommunen begrenzt sind. Dieser Korrekturefekt war allerdings nicht zu beobachten. Anscheinend besinnen sich die Gemeinden wieder stärker auf die Instandhaltung ihrer Infrastruktur und versuchen, den Investitionsrückstand wieder sichtlich zu verkleinern. Und das, obwohl die Schere zwischen »reichen« und »armen« Kommunen immer größer wird. Aber auch für »reichere« Kommunen werden die Probleme (z.B. Kinderbetreuung, Sozialausgaben, Asylbewerber etc.) nicht weniger.

Abb. 24

Öffentlicher Tiefbau weiterhin stark

Arbeitsstunden der Unternehmen des Bauhauptgewerbes (20 und mehr Beschäftigte) geglättete Monatswerte, in Mill.



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Nach den Ergebnissen der Kommunenstudie von Ernst & Young erwarteten im Juni 63% der befragten Städte und Gemeinden, das Haushaltsjahr 2014 mit einem Minus abzuschließen. Trotz wieder steigender Steuereinnahmen konnten die Kommunen in den Jahren 2012 und 2013 in der Summe nur geringe Überschüsse von jeweils rund 1 Mrd. Euro erzielen. 2013 wies nur rund jede zweite Kommune einen zumindest ausgeglichenen Haushalt aus. Die in den Medien immer öfter erwähnten Rekordsteuereinnahmen des Staates helfen den Kommunen aber nicht unbedingt weiter, da von den kommunalen Einnahmen nur etwa 40% auf – zudem noch sehr stark schwankende – Steuereinkünfte entfallen und gleichzeitig die diversen Ausgabeposten stetig an Bedeutung gewinnen. In der Realität sind die Gemeinden und Städte in sehr hohem Maße von den Zuweisungen des Bundes und der Länder und somit von deren Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung abhängig.

Die zur Verfügung stehenden Informationen zeichnen derzeit das Bild von Gemeinden und Städten, die sich trotz vielfältiger Probleme wieder stärker auf ihre Investitionstätigkeit konzentrieren. Im laufenden Jahr dürften die öffentlichen Bauinvestitionen deshalb um nahezu 4% zunehmen. Auch 2015 dürfte es weiter aufwärtsgehen, wenn sich die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden wieder ein kleines Stück verbessert hat und der Bund etwas mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellt. Mit einem Zuwachs von knapp 2% dürfte der Anstieg aber deutlich geringer ausfallen. 2016 dürfte das dann erreichte Niveau immerhin gehalten werden.

Obwohl der tatsächliche jährliche Investitionsbedarf im öffentlichen Bereich erheblich höher liegt, ist diese Konsolidierung im Jahr 2016 bereits als Erfolg zu verbuchen. So bringt die für 2015 geplante Lkw-Maut-Ausweitung (auf mehr Bundesstraßen sowie für Fahrzeuge ab 7,5 t) in der Realität nur ein etwas höheres Mittelaufkommen. Zudem wird die seit Monaten diskutierte Pkw-Maut – wenn sie

denn tatsächlich kommen sollte – auf der Einnahmenseite so gut wie keine positiven Effekte bringen. Einen großen Schritt vorwärts wird erst die Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen bringen. Dies soll jedoch erst 2018 geschehen.

Politische Vernachlässigung des Wärmemarktes

In seinem Referat »Bauwirtschaft und Bauausbaugewerbe – Schlüsselbranche für die Energiewende oder Stiefkinder der Politik?« stellte Bernd Kramer, ehemals Interpane Glas Industrie AG, zunächst die Bedeutung des Gebäudesektors für die eingeleitete Energiewende dar. Danach entfallen fast 40% des Endenergieverbrauchs sowie rund 20% des klimaschädlichen CO_2-Ausstoßes auf den Gebäudebereich. Der mit Abstand größte Teil – über 90% – geht dabei zu Lasten des Altbaubestands, d.h. die rund 12 Millionen Wohngebäude, die vor dem Erlass der 1. Wärmeschutzverordnung 1977 errichtet wurden. Hier liegt demzufolge der klimapolitische Schwerpunkt.

Die von der Bundesregierung formulierten energie- und klimapolitischen Ziele (vgl. Kasten) sind zwar sehr ambitioniert, lassen aber nicht deutlich genug erkennen, dass der Bereitstellung von Wärme sowie der Wärmenutzung die größte energiepolitische Bedeutung zukommt, denn Wärmeenergie ist in Deutschland der bedeutendste Energieverbrauchssektor. Mit einer Verringerung des Wärmeverbrauchs wird gleichzeitig auch weniger Primärenergie verbraucht und weniger Treibhausgase emittiert. Die politische Priorisierung der Stromwende vernachlässigt somit den viel wichtigeren Wärmebereich.

Am Beispiel des Koalitionsvertrags vom 27. November 2013 zeigte er anschaulich auf, welch nachrangige Bedeutung die derzeitige Bundesregierung der Bauwirtschaft beimisst. So beinhaltet er lediglich folgende Maßnahmen, die der Bauwirtschaft in den nächsten Jahren nur zu kleinen Impulsen verhelfen könnten:

- Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus; bis 2019 werden hierfür – mit entsprechender Unterstützung der Länder, die hierfür zuständig sind – jährlich 518 Mill. Euro zur Verfügung gestellt,
- Ergänzung des KfW-Programms »Altersgerecht Umbauen« um eine Variante mit Investitionszuschüssen,
- Weiterentwicklung des Städtebauförderungs-Programms und Aufstockung auf jährlich 700 Mill. Euro und
- Aufstockung, Verstetigung und deutliche Vereinfachung des KfW-Programms zur energetischen Gebäudesanierung.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen, die seiner Meinung nach »überfällig« gewesen wären, wurde jedoch bis heute nicht umgesetzt. So fehlt es beispielsweise weiterhin an einer angemessenen, zeitnahen steuerlichen Berücksichtigung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, z.B. als Steuerbonus oder eine steuerliche Geltendmachung (AfA) über maximal zehn Jahre. Generell würde der Wohnungsneubau von der Wiedereinführung einer degressiven AfA profitieren, da die derzeit allein mögliche lineare AfA über 50 Jahre dem realen Wertverlust nicht gerecht wird. Besonders beschämend ist schließlich, dass der Staat als einer der größten Gebäudeeigentümer von einer Vorbildfunktion in Sachen Energieeffizienz weit entfernt ist.

Kasten
Die wichtigsten nationalen Zielsetzungen zur Energiewende

1. Reduktion der **Treibhausgasemissionen**
   bis 2020 um mindestens 40%
   bis 2050 um mindestens 80%
   jeweils gegenüber dem Wert des Jahres 1990.

2. Verringerung des **Primärenergieverbrauchs**
   bis 2020 um 20%
   bis 2050 um 50%
   jeweils gegenüber dem Verbrauch des Jahres 2008.

3. Reduktion des **Wärmebedarfs** in Gebäuden
   bis 2020 um 20%
   bis 2050 um 60% der Endenergie
   jeweils gegenüber dem Wert des Jahres 2008.

4. Erhöhung des Anteils der **Stromerzeugung** aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch
   bis 2025 auf 40–45%
   bis 2035 auf 55–60%.

Entwicklung zahlreicher Technologien bereits weit fortgeschritten

Auch Rainer Dippel, Viessmann Werke, zählte in seinem Vortrag mit dem Thema »Der Gebäudebestand: Schlüssel zur Energiewende« einleitend die energiepolitischen Aussagen und Ziele auf, die im Koalitionsvertrag festgehalten wurden. Besonders hervor hob er jedoch die Tatsache, dass eine der Maßnahmen, die ursprünglich beabsichtigt war – und die rasch im Baubereich Wirkung gezeigt hätte –, in letzter Minute gestrichen wurde: die steuerliche Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen am Gebäudebestand.

Aus dem Maßnahmenkatalog erhielt die Reform der »EEG-Umlage« mittlerweile die höchste Priorität. In der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2014 wurde die Einspeisevergütung für aus erneuerbaren Energien gewonnenen Strom von durchschnittlich17 ct/kWh auf 12 ct/kWh gesenkt. Dadurch wird sich – nach Berechnungen der Bundesregierung – die von den Verbrauchern zu zahlende Umlage von in der Spitze 6,24 ct/kWh im Jahr 2014 jedoch lediglich auf rund 6,17 ct/kWh im Jahr 2015 verringern. Was die Auswirkungen auf die Bauwirtschaft betrifft, so wird bei der Photovoltaik die Installation von Klein-

anlagen und Systemlösungen kaum tangiert werden. Der Ausbau von Biogasanlagen dürfte jedoch – mit Ausnahme von Baden-Württemberg – nahezu total zum Erliegen kommen. Das Know-how der Unternehmen wäre jedoch hervorragend geeignet, um in den europäischen Nachbarländern entsprechende Projekte zu realisieren. Nach Mikro-KWK-Anlagen dürfte weiterhin Nachfrage vorhanden sein. Die projektierten und gebauten Anlagen werden jedoch tendenziell eher kleiner als in den vorangegangenen Jahren ausfallen.

Der Energiemarkt gliedert sich wie folgt:

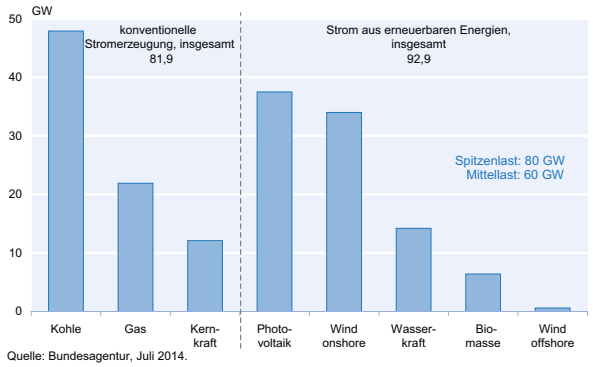
Anwendungsbereich	Anteil am Endenergieverbrauch
Wärme	38%
Verkehr	28%
Elektrizität	21%
Sonstige	13%

Auf das in erster Linie breit diskutierte Thema der Stromversorgung entfällt gerade einmal ein Anteil von gut einem Fünftel am Endenergieverbrauch. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei einer insgesamt installierten Leistung von knapp 175 GW selbst zu Zeiten mit der maximalen Belastung (Spitzenlast) lediglich 80 GW benötigt werden (vgl. Abb. 25). Das große Problem besteht allerdings darin, dass die vorhandenen Anlagen nicht durchgängig ihre theoretisch mögliche Leistung zur Verfügung stellen. Insbesondere die Photovoltaikanlagen sowie die Windräder produzieren Strom sehr unstet, abhängig von Sonneneinstrahlung und Windintensität.

Um im mit Abstand größten Bereich des Endenergieverbrauchs – dem Wärmemarkt – wesentliche Energieeinsparungen zu erzielen, sind über viele Jahre hinweg vor allem Dämmmaßnahmen im Vordergrund gestanden. Erst mit der Energieeinsparverordnung (EnEV) des Jahres 2007 wurde die Gesamtenergieeffizienz des Gebäudes in den Mittelpunkt gestellt, so dass nunmehr auch der Anlagentechnik mehr Gewicht beigemessen wird.

Abb. 25

Stromerzeugung in Deutschland, installierte Leistung



Quelle: Bundesagentur, Juli 2014.

Der intensive Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen, der sich auch in den nächsten Jahren – zumindest abgeschwächt – fortsetzen dürfte, hat dazu geführt, dass immer häufiger das Stromangebot größer ist als die Nachfrage. Denn häufig wird auch in Phasen mit hoher Sonneneinstrahlung gleichzeitig viel Strom mit Windkraftanlagen produziert. Diese Problematik wird logischerweise sogar noch zunehmen, je höher der Anteil der Strombereitstellung aus erneuerbaren Energien wird. So ist beispielsweise in Deutschland mittlerweile die Gefahr einer Netzüberlastung – und damit eine zu starke Erhöhung der Netzfrequenz – deutlich größer als die Gefahr, dass den Leistungsbeziehern nicht in dem gewünschten Umfang Strom zur Verfügung steht. Da Stromnetze keine Energie speichern können, müssen andere Wege gefunden werden, um dieses Problem zu lösen.

Hierzu wurden in den letzten Jahren verschiedene Technologien entwickelt, von denen insbesondere drei in den nächsten Jahren größere Bedeutung erlangen könnten. Dabei verfolgt die erste Technologie das Ziel, »überschüssigen« Strom, also Strom, der von den Empfängern gerade gar nicht abgerufen wird, zu speichern, um ihn in einer späteren Phase, in der mehr Strom nachgefragt wird, als von den installierten Anlagen gerade produziert werden kann, wieder ins Netz zurückzugeben.

Bei der **Power-to-Gas** Technologie wird zunächst mittels Elektrolyse aus »überschüssigem« Strom Wasserstoff gewonnen. Anschließend wird dann unter Zugabe von Kohlendioxid (CO_2) Methangas (CH_4) erzeugt. Dabei kann das hierfür benötigte CO_2 aus industriellen Prozessen, Biogasanlagen oder der Umgebungsluft stammen. Abschließend wird das Methan in die bereits bestehende Infrastruktur für Erdgas eingeleitet und steht dann – bei Bedarf – wieder für die Rückverwandlung in Strom, z.B. in einem Blockheizkraftwerk zur Verfügung.

Bei der **Power-to-Heat** Technologie wird in Phasen hoher Stromerzeugung aus Sonnen- und Windkraftanlagen der überschüssige Strom über Heißwasserkessel in Wärme umgewandelt. Die so gewonnene Wärme kann dann in Heizungsanlagen Verwendung finden oder zur Warmwasseraufbereitung eingesetzt werden. In den heute bereits realisierten Anlagen wird die erzeugte Wärme am häufigsten in das örtliche Fernwärmenetz eingeleitet.

Die dritte Technologie schließlich ist die Übertragung des Verfahrens der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), wie es schon seit Jahren bei Blockheizkraftwerken (BHKW) zum Einsatz kommt, auf den Sektor des Wohnungsbaus – bis hin zum Einsatz in Einfamilienhäusern. Mit einem **Mini-BHKW** kann das Prinzip der gleichzeitigen Gewinnung von Strom und Wärme, das Wirkungsgrade von fast 90% ermöglicht, auch auf kleine Einheiten übertragen werden. Diese Technologie hat überdies den Vorteil, dass durch die

Stromerzeugung »vor Ort« die vorhandenen Stromnetze entlastet werden.

Für die Bauwirtschaft ergeben sich somit in den kommenden Jahren umfangreiche, zum Teil völlig neue Betätigungsfelder.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

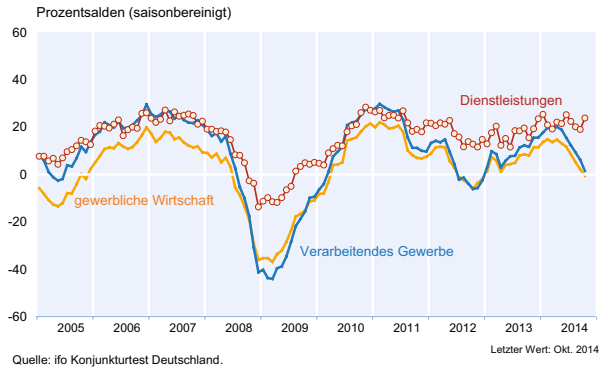
Gernot Nerb und Anita Jacob-Puchalska unter Mitarbeit von Rudolf Stanga

2014/15: Schwierigeres konjunkturelles Umfeld für die Dienstleistungswirtschaft

Seit Mai 2014 verzeichnet das Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft wieder eine rückläufige Grundtendenz. Bisher spricht viel dafür, dass es sich um eine Unterbrechung des im Herbst 2013 begonnenen Aufschwungs und nicht um den Beginn einer längeren konjunkturellen Schwächephase handelt. Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober 2014 geht von einem realen Wirtschaftswachstum von 1,3% 2014 und 1,2% 2015 aus.

Hinter diesen Zahlen steckt die Vorstellung, dass nach einer Stagnation im dritten und vierten Quartal 2014 die Wirtschaft in Deutschland im nächsten Jahr wieder Tritt fasst. In jedem der vier Quartale des Jahres 2015 wird mit einem Zuwachs gerechnet. Bei der insgesamt moderaten Jahreswachstumsrate von 1,2% 2015 ist zu berücksichtigen, dass Anfang 2015 – anders als Anfang 2014 – praktisch kein statistischer Überhang besteht, so dass das Wachstum allein im Laufe des Jahres 2015 generiert werden muss. Die Gründe für die allmähliche konjunkturelle Erholung in 2015 liegen zum einen in dem besseren internationalen Wirtschaftsumfeld – insbesondere dem Konjunkturaufschwung in den USA, der Festigung eines Wachstumstrends von rund 7% in China – und zum anderen in einem Nachlassen der rezessiven Konjunkturtendenz in den Euro-Krisenländern, nicht zuletzt dank der faktischen Abwertung des Euro, was dem Export in den Nicht-Euroraum hilft. Eine weitere Rolle für den Erholungsprozess spielt der niedrige Ölpreis, der zu einer Kostenentlastung in der gewerblichen Wirtschaft und zu einer Zunahme der realen Kaufkraft bei den Konsumenten führt. Ferner dürften nicht zuletzt auf internationalen Druck hin die öffentlichen Investitionen im Euroraum stärker steigen, als ursprünglich geplant.

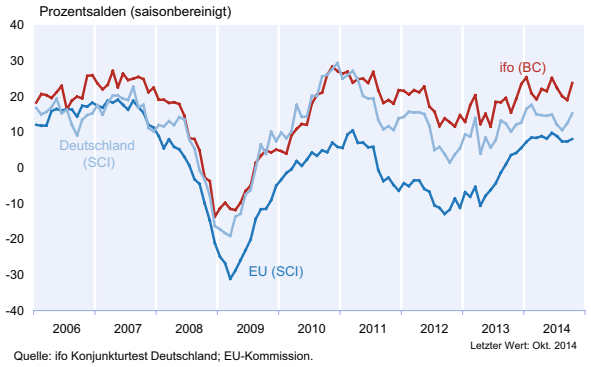
Abb. 26
Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Abb. 27

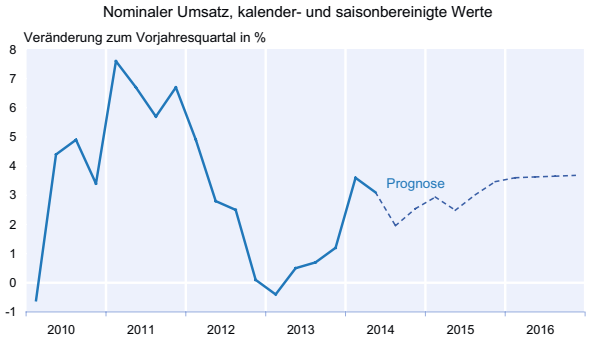
EU Vertrauensindikator (SCI) und ifo Geschäftsklima (BC) Dienstleister



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland; EU-Kommission.

Abb. 28

Unternehmensnahe Dienstleistungen



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Institus.

Dienstleistungssektor in Deutschland konjunkturresistenter als im europäischen Durchschnitt

Neben der ab 2015 insgesamt leicht nach oben gerichteten konjunkturellen Gesamttendenz kommen dem Dienstleistungssektor in Deutschland im Prognosezeitraum weiterhin strukturelle, zum Teil demographisch bedingte Verschiebungen in der Wirtschaft zugute (z.B. positiver Effekt auf Anbieter im Gesundheits- und Freizeitmarkt). Insgesamt verspricht der Dienstleistungssektor in Deutschland auch in den kommenden Jahren weniger konjunkturanfällig zu sein, als in den meisten anderen europäischen Ländern, wo der Tertiarisierungsprozess weiter vorangeschritten ist.

Hierfür sprechen auch die Konjunkturumfrageergebnisse, die monatlich von der EU Kommission veröffentlicht werden. In Abbildung 27 ist der von den EU-Kommissionsdienststellen berechnete Vertrauensindikator für die EU insgesamt und für Deutschland darüber hinaus noch das ifo Geschäftsklima dargestellt.[1]

Der Dienstleistungssektor – Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche

Der Dienstleistungssektor ist im Hinblick auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche von einer starken Heterogenität geprägt. So zählen recht unterschiedliche Bereiche wie etwa Verkehr und Lagerei oder Information und Kommunikation ebenso zum Dienstleistungssektor wie das Gastgewerbe, die öffentliche Verwaltung oder auch das Grundstücks- und Wohnungswesen, das Gesundheitswesen und der Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Die verschiedenen Bereiche lassen sich dabei unterscheiden in marktbestimmte und nicht marktbestimmte Dienstleistungen. Nicht marktbestimmte Dienstleistungen werden nur von staatlichen Einrichtungen oder privaten Organisationen ohne Erwerbszweck erbracht, überwiegend im Bildung-, Gesundheits- und Sozialwesen. Da diese Gruppe einer starken staatlichen Einflussnahme unterliegt und konjunkturelle Einflüsse in der Regel zu vernachlässigen sind, soll in der folgenden Betrachtung nicht weiter auf nicht marktbestimmte Dienstleistungen eingegangen werden. Darüber hinaus sollen auch die Dienstleistungsbereiche Groß- und Einzelhandel im Folgenden außen vor bleiben, da diese in einem eigenen Forum behandelt werden.

Knapp 60% der deutschen Bruttowertschöpfung wurden 2013 im Dienstleistungssektor (ohne Handel) erbracht. Damit fällt dem Dienstleistungsbereich im gesamtwirtschaftlichen Gefüge eine besondere Rolle zu. Nichtsdestotrotz gilt die Industrie als wichtiger Impulsgeber für die konjunkturelle Entwicklung, da ein großer Teil der Dienstleistungen aus dem Verarbeitenden Gewerbe nachgefragt werden. Insbesondere die eng mit der Industrie verwobenen produktionsorientierten Dienste haben in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen; hierunter zählen neben dem Bereich Information und Kommunikation vor allem auch technische und wissenschaftliche Dienste, Beratung und weitere wirtschaftliche Dienste. In Abbildung 28 sind die konjunkturelle Entwicklung dieser unternehmensnahen Dienstleistungen und der bis 2016 prognostizierte Verlauf dargestellt.

Konjunkturelle Prognosen für ausgewählte Dienstleistungsbranchen[2]
Verkehr und Lagerei (Transportsektor)

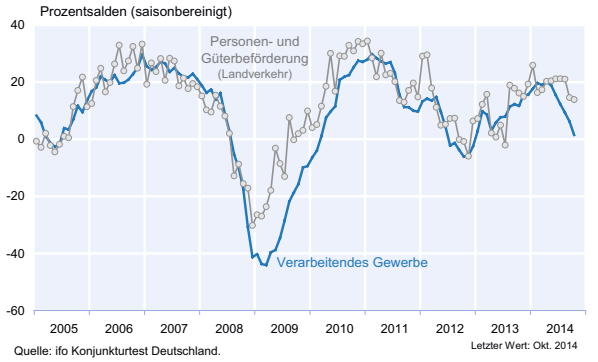
Dieser Sektor ist traditionell eng verbunden mit der konjunkturellen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Entsprechend dämpfte die stagnierende Industrieproduktion 2013 die Nachfrage nach Logistikleistungen. Im ersten Halbjahr

[1] Der Vertrauensindikator wird als arithmetischer Mittelwert aus Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage und der Einschätzung der aktuellen und der in den nächsten drei Monaten erwarteten Nachfragetrends berechnet. Das ifo Geschäftsklima wird demgegenüber als geometrisches Mittel aus den Urteilen zur gegenwärtigen Geschäftslage und den Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate gebildet.

[2] Die hier vorgestellten Prognosen basieren auf ökonometrischen Schätzungen sowie auf dem Branchenwissen der ifo-Experten, wie es z.B. in der Veröffentlichung »VR Branchen special« zum Ausdruck kommt, die im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) erstellt wird. Es werden hierbei zweimal im Jahr für mehr als 100 Branchen Berichte erstellt, die einzeln nur bei den Volks- und Raiffeisenbanken erhältlich sind. Eine Zusammenstellung ausgewählter ökonometrischer Schätzergebnisse findet sich in Tabelle 6.

Abb. 29

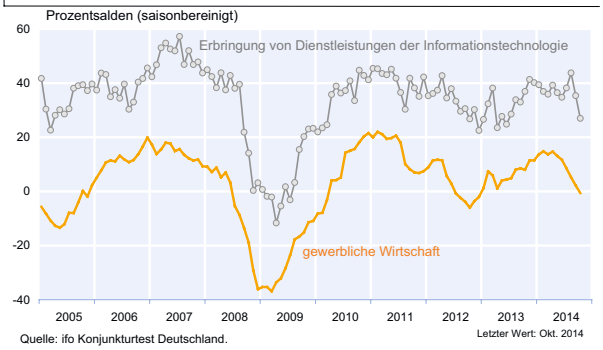
Vergleich des Geschäftsklimas: Transport und Verarbeitendes Gewerbe



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Abb. 30

Vergleich des Geschäftsklimas: Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie und gewerbliche Wirtschaft



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

2014 übertrug sich der Produktionsanstieg in der Industrie erwartungsgemäß auf die Nachfrage im Logistikbereich. Seit Mai hat sich zwar das Geschäftsklima in der Industrie eingetrübt; die Grundtendenz der Produktion ist jedoch weiterhin nach oben gerichtet. Ein Indiz für die stärkere Transportnachfrage ist auch der erhöhte Containerumschlag. Hochrechnungen auf der Basis der effektiven Zahlen in den ersten acht Monaten des Jahres deuten auf eine Zunahme des Containerumschlags in Deutschland auf 5% im Jahre 2014, nach einem Plus von 3% im Jahre 2013 hin.

Ein wichtiger Impulsgeber für den Landtransport, aber auch für die Luft- und Seefracht, ist erfahrungsgemäß der Welthandel. Nach dem neuen Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute dürfte im Jahre 2015 der Welthandel um 4,3% (real) zunehmen, nach 2,9% im Vorjahr. In 2016 wird eine Ausweitung des Welthandels in der Größenordnung von 4% erwartet, was den mittel- bis langfristig positiven Umsatztrend im Transportsektor (real: 3–4%) stützen sollte.

Software und IT-Dienstleistungen

Die Wirtschaftsbereiche Software und IT-Dienstleistungen zählen innerhalb des Sektors Information und Kommunikation zu den wachstumsstärksten Segmenten. Mittelfristig (2015 bis 2019) zeichnen sich für die Gesamtbranche sehr gute Wachstumsperspektiven ab, die deutlich über dem Wachstum der Gesamtwirtschaft liegen dürften. Besonders stark wächst im laufenden Jahr der Softwarebereich, der gegenüber dem Vorjahr nach Angaben des Fachverbandes BITKOM um rund 5% zulegen dürfte. Das Marktforschungs- und Marktbeobachtungsinstitut Lünendonk erwartet für die führenden IT-Beratungs- und Systemintegrationsunternehmen ein durchschnittliches nominales Wachstum von 8,5% pro Jahr. Wachstumsimpulse werden nicht zuletzt vom Breitbandausbau und der sog. »Digitalen Agenda« ausgehen. Nicht ganz so hoffnungsvoll sind die Erwartungen der Standard-Softwareunternehmen sowie im Marktsegment IT-Service. Die Unternehmen gehen mittelfristig von einem Wachstum von 4,5 bzw. 3,5% pro Jahr aus.

Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften

Im ersten Halbjahr 2014 konnte der Wirtschaftszweig Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften seine Umsätze um 6,7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausbauen; insbesondere die Vermittlung von Arbeitskräften erwies sich dabei als Treiber des Wachstums. Damit konnte in diesem Jahr der in den letzten beiden Jahren beobachtete leichte Negativtrend in der Umsatzentwicklung der Zeitarbeit beendet werden. Es zeigt sich, dass trotz gestiegener Kosten für die Wirtschaft Zeitarbeit ein weiterhin wichtiges Flexibilisierungsinstrument im Personalmanagement ist und gerade in konjunkturell unsicheren Zeiten verstärkt eingesetzt werden dürfte, wenn sich die Unternehmen nicht zu einer dauerhaften Ausweitung des Personalstands durchringen können.

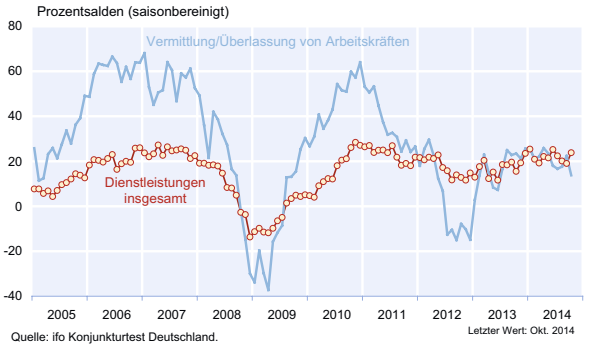
Nicht zuletzt im Segment »hochqualifizierte Arbeitnehmer« bestehen für Zeitarbeitsunternehmen Wachstumschancen. Auf diese Thematik ging im Dienstleisterforum Holger Küster, Managing Director bei Randstad Professionals, ein (siehe weiter unten).

Architektur- und Ingenieurbüros

Die nominalen Umsätze der Architektur- und Ingenieurbüros hatten im ersten Halbjahr 2014 gegenüber dem Vor-

Abb. 31

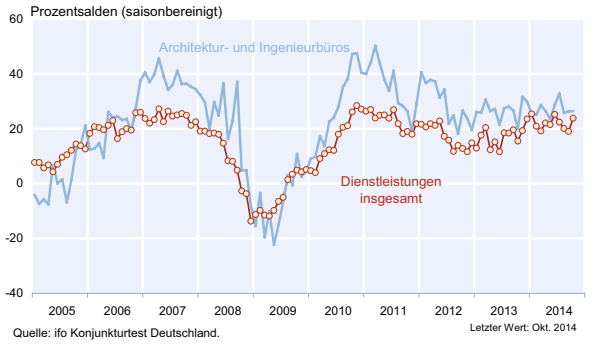
Vergleich des Geschäftsklimas: Vermittlung/Überlassung von Arbeitskräften und Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Abb. 32

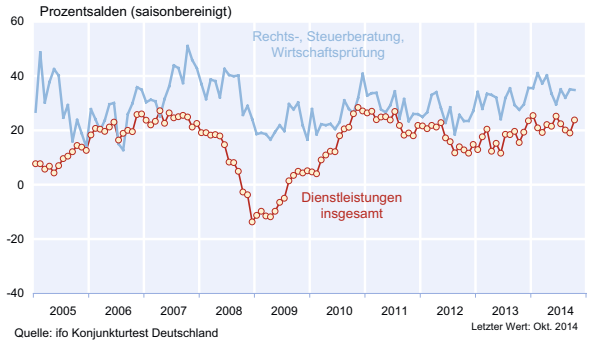
Vergleich des Geschäftsklimas: Architektur- und Ingenieurbüros und Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Abb. 33

Vergleich des Geschäftsklimas: Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland

jahreszeitraum ein kräftiges Wachstums zu verzeichnen (+ 9,3%) und konnten so die zurückhaltende Geschäftsentwicklung des Vorjahres (2013: – 0,8%) mehr als ausgleichen. Die lebhafte Baukonjunktur beflügelt im laufenden Jahr die Umsatzentwicklung der Architektur- und Ingenieurbüros. Nach einer aktuellen Schätzung dürften die realen Bauinvestitionen 2014 um voraussichtlich um mehr als 3% steigen, nachdem sie im Jahre 2013 annähernd stagnierten. In den nächsten beiden Jahren wird sich die Baukonjunktur weiterhin positiv entwickeln, auch wenn sich die Zuwachsraten etwas zurückbilden werden (auf ca. 2% 2015 und 2016).

Im Prognosezeitraum wird die Baukonjunktur eine breitere Basis erhalten, da Konjunkturimpulse nicht mehr fast ausschließlich aus dem Wohnungsbau, sondern auch aus dem gewerblichen Bau und – nicht zuletzt politisch motiviert – aus dem öffentlichen Bau kommen. Hiervon werden vor allem die Architekten profitieren, zunehmend aber auch die Ingenieurbüros, die mit rund 85% den weitaus größeren Anteil am Umsatz in diesem Wirtschaftszweig haben

Rechts- und Steuerberatung sowie Wirtschaftsprüfung wie auch PR- und Unternehmensberatung

Ein weiteres Wachstum zeichnet sich auch für die ökonomischen und juristischen Beratungsunternehmen ab. Der Bereich **Unternehmensberatung** erreichte im vergangenen Jahr (2013) ein Marktvolumen von rund 22,3 Mrd. Euro (nominal: Schätzung des Bundesverband Deutscher Unternehmensberater, BDU). Der nominale Umsatz ist in den letzten drei Jahren um rund 25% gestiegen. Die wichtigsten Treiber für den florierenden Consultingmarkt waren im vergangenen Jahr das Gesundheits- und Sozialwesen (Zuwachs: + 13%) sowie die Energie-und Wasserversorgung (+ 12%). Auch die Kreditinstitute (Zuwachs: + 11%) gehörten zu wichtigen Auftraggebern der Consultingbranche.

Die mittelfristigen Aussichten für die Unternehmensberaterzunft in Deutschland erscheinen weiterhin positiv. Nach einer Studie von Lünendonk rechnen die 25 führenden Management-Beratungen für den Zeitraum 2013–2018 mit einem Umsatzwachstum von etwa 5% im Jahr. Dank der Anhebung der Gebührentabellen für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte sowie der – zumindest moderaten – gesamtwirtschaftlichen Erholung werden die Umsätze der Beratungsbranchen 2014 beschleunigt steigen. Auch 2015 und 2016 ist von einem weiteren Umsatzplus auszugehen.

Technische, physikalische und chemische Untersuchungen

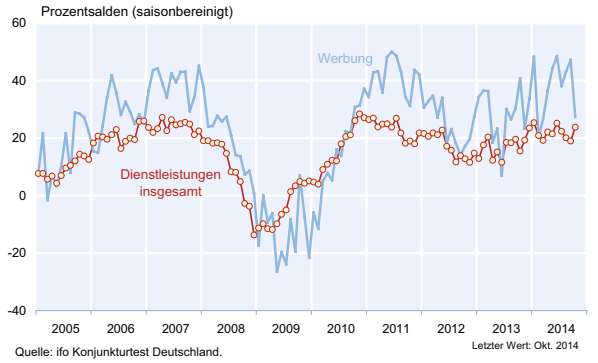
Die Technikdienstleister in der Fachgruppe technische, physikalische und chemische Forschungseinrichtungen zeigen nur eine geringe Konjunkturempfindlichkeit. Nach der Regressionsschätzung dürfte der Umsatzzuwachs im Prognosezeitraum 2014–2016 weiterhin bei jährlich rd. 5% liegen. Ein Beispiel für innovative Leistungen traditioneller technischer Dienstleister auf dem Gebiet der Mobilität wurde auf dem Forum von Gerhard Müller, Leiter Politik und Wirtschaft sowie Mitglied der Geschäftsleitung beim TÜV Süd, präsentiert (siehe weiter unten).

Werbung und Marktforschung

In der Werbe- und Marktforschungsbranche verbesserte sich bis zuletzt das Geschäftsklima im ifo Konjunkturtest und erreichte einen im Vergleich zum gesamten Dienstleistungsergebnis überdurchschnittlich hohen Wert. Die im bisherigen Jahresverlauf stabile Konjunktur in Deutschland, insbesondere auch die positive Inlandsnachfrage, haben offensichtlich die Werbeumsätze beflügelt und stabilisierten im Gesamtbereich Werbung und Marktforschung die Umsätze. Die Bruttowerbeumsätze nahmen nach Verbandsangaben im Zeitraum Januar bis Juli 2014 gegenüber dem Vorjahr um 4,9% zu. Die sich im Laufe des zweiten Halbjahres 2014 abschwächende gesamtwirtschaftliche Dynamik dürfte zu einer vorsichtigeren Werbeplanung in den Unternehmen führen, so dass sich die Umsatzzuwachsrate für das Gesamtjahr

Abb. 34

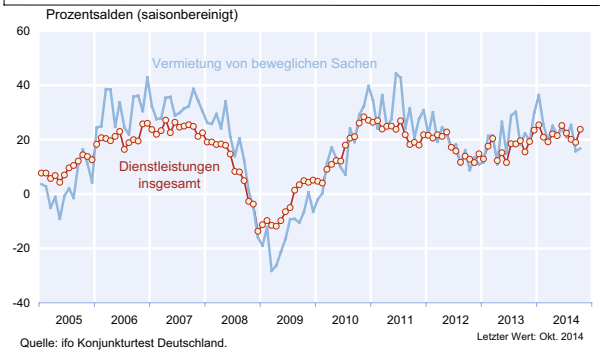
Vergleich des Geschäftsklimas: Werbung und Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Abb. 35

Vergleich des Geschäftsklimas: Vermietung von beweglichen Sachen und Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

2014 auf ca. 4% reduzieren könnte. Ein Zuwachs in der Größenordnung von 4 bis 5% dürfte auch in den Jahren 2015 und 2016 erzielt werden können. Online-Werbung bleibt das stark wachsende Feld – besonders »Mobile« boomt – allerdings von einem niedrigen Niveau aus. Verlierer im Werbemarkt sind weiterhin die Printmedien. Zwar sind Zeitungen, Fachzeitschriften und Publikumszeitschriften für Werbekunden als Medium immer noch sehr attraktiv, ihre Werbeeinnahmen erodieren aber. Darüber sind sich nahezu alle Marktteilnehmer in der Werbewirtschaft einig, nur nicht darüber, wie schnell und umfassend dieser Erosionsprozess verlaufen wird. Während Online-Werbung zu Lasten der Werbung in Printmedien zunimmt, bleibt der Anteil der Werbeausgaben für Fernsehwerbung mit mehr als 40% annähernd stabil.

Vermietung beweglicher Sachen

Die schon seit längerer Zeit schwache Nachfrage nach Investitionsgütern hat zwar auch die Umsatzentwicklung der Branchen im Bereich der Vermietung beweglicher Sachen gedämpft, aber deutlich weniger als die Verkäufe der entsprechenden Investitionsgüter. Der Branchenumsatz dürfte 2013 zumindest das Vorjahresniveau erreicht haben, ebenso wie auch in der artverwandten Leasingbranche. Dies zeigt erneut, dass die Vermieter in konjunkturellen Schwächephasen weniger stark betroffen sind, denn Unsicherheiten bezüglich der künftigen Geschäftsentwicklung veranlassen in der Regel so manches Unternehmen dazu, bei den Investitionen vorsichtiger zu disponieren und stattdessen stärker auf die Miete von Wirtschaftsgütern zu setzen. Die seit dem zweiten Quartal 2014 zu beobachtende konjunkturelle Verlangsamung hat allerdings auch schon Spuren im Verleihgeschäft hinterlassen. So wurde die aktuelle Geschäftslage im Bereich Mobilien-Leasing laut ifo Konjunkturtest zwar bis zuletzt von den befragten Firmen als gut bezeichnet, die weiteren Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate jedoch deutlich weniger positiv eingeschätzt. In den Jahren 2015 und 2016 ist jedoch wieder mit Zuwachsraten beim nominalen Umsatz zwischen jeweils 4 und 5% zu rechnen.

Lebhaft gestaltet sich nach wie vor das Geschäft der Baumaschinenvermieter, die mittlerweile einen Anteil von über 50% an der gesamten Baumaschinenversorgung in Deutschland haben. Dieser anhaltende Geschäftserfolg ist auch der hohen Bereitschaft der Bauunternehmen zum Outsourcen zu verdanken. Immerhin setzen inzwischen rund 85% der Bauunternehmen Leihgeräte bzw. Spezialfirmen (meist Mietmaschinen mit Bedienungspersonal) ein, wie die Ergebnisse einer Sonderumfrage im Rahmen des ifo Konjunkturtests im Jahr 2013 ergeben haben. Die meisten Baufirmen decken heute häufig nur noch den Sockelbedarf mit eigenen Maschinen ab; der Rest wird geleast, kurzfristig angemietet oder über die sog. »Leistungsmiete mit Personal« – eine besondere Form des Subunternehmertums – beschafft.

Reisebüros und Reiseveranstalter (Touristik)

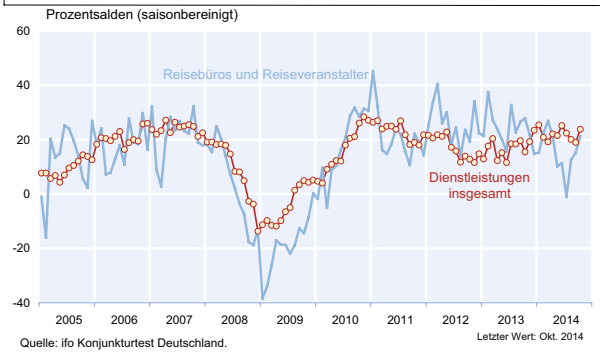
Im Bereich Touristik besserte sich das Geschäftsklima zuletzt weiter und überschritt den langjährigen Durchschnitt. Die Reisebüros und Reiseveranstalter beurteilten die aktuelle Geschäftslage deutlich günstiger, schätzten aber ihre Perspektiven für die nächsten sechs Monate weniger positiv ein. Aus heutiger Sicht erscheint die Prognose des Deutschen Reiseverbands (DRV), wonach sich im Gesamtjahr 2014 ein Umsatzwachstum zwischen 2 und 3% für den Reiseveranstalter und Reisebüromarkt ergeben dürfte, nach wie vor als realistisch. Diese Größenordnung des Umsatzwachstums dürfte auch in den Jahren 2015 und 2016 erreicht werden.

Gastgewerbe

Im ersten Halbjahr 2014 verzeichnete der Deutschlandtourismus ein Plus bei den Übernachtungen von 3,4%. Erneut stieg die Zahl der Gäste aus dem Ausland überproportional an (+ 6%). Entsprechend wurde im Gastgewerbe insgesamt ein Umsatzplus von nominal 3,8% (real: + 1,6%) gemessen. Im zweiten Halbjahr 2014 dürften sich auch im Gastgewerbe die Zuwachsraten abschwächen. In der Regel wirken sich in der Branche Verschlechterungen der gesamtwirt-

Abb. 36

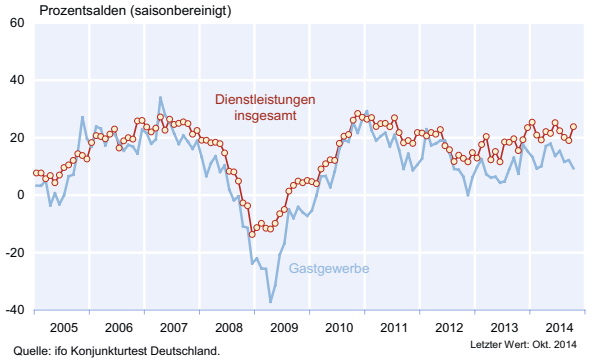
Vergleich des Geschäftsklimas: Reisebüros und Reiseveranstalter und Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Abb. 37

Vergleich des Geschäftsklimas: Gastgewerbe und Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

schaftlichen Konjunkturlage und internationale Krisen unmittelbar aus. So blieben die Ukrainekrise und die damit verbundene Sanktionspolitik gegenüber Russland auch im Deutschlandtourismus nicht ohne Folgen. Die Daten des Statistischen Bundesamtes weisen im Verlauf von 2014 gegenüber den entsprechenden Vorjahreszeiträumen spürbar niedrigere Zahlen von Touristen aus der russischen Föderation aus. Hinzu kommen noch die Einflüsse aus der Abwertung des Rubels.

Innerhalb des Gastgewerbes nimmt die Catering-Branche eine Sonderrolle ein. Wie schon in den Vorjahren wurde hier auch 2014 ein höheres Umsatzwachstum als in den beiden anderen gastgewerblichen Branchen Beherbergungs- und Gaststättengewerbe erzielt (erstes Halbjahr 2014: nominal + 5,2% bzw. real + 3,0%). Grundsätzlich profitieren die Caterer von dem Trend, dass Unternehmen und soziale Einrichtungen zunehmend ihre Betriebsverpflegung auf externe Dienstleister auslagern. Verglichen mit anderen europäischen Staaten besteht dabei in Deutschland weiter Nachholbedarf, so dass hier auch in den nächsten Jahren noch Wachstumspotenziale liegen dürften. Bei den übrigen Tätigkeitsfeldern ist insbesondere im Event-Catering ein verstärktes Wachstum zu beobachten.

Die zentrale Wachstumsstütze für das Gastgewerbe bildet der »Incoming-Tourismus«. Seit der deutschen Wiedervereinigung konnte die Anzahl der Übernachtungen von ausländischen Gästen nahezu verdoppelt werden. Die touristische Infrastruktur in Deutschland wird im weltweiten Vergleich als hervorragend bewertet. Kennzeichnend ist eine attraktive Vielfalt von Städte-, Kultur-, Natur- und Messereisezielen. Deutschlandreisende orientieren sich besonders gern am Besuch von einschlägig bekannten bzw. berühmten Sehenswürdigkeiten. Die deutsche Gastronomie kann mit einem breit gefächerten Angebot punkten. »Typisch regionale Speisen und Getränke genießen« steht bei vielen Besuchern ganz oben auf der Prioritätenskala. In der mittelfristigen Perspektive werden hier die Voraussetzungen durchaus als günstig eingestuft. Wachsender Wohlstand hat grundsätzlich eine Zunahme der Reiseintensität zur Folge. In den kommenden Jahren wird weltweit insbesondere mit mehr Touristen aus asiatischen Ländern und aus Brasilien gerechnet. Bezogen auf Europa werden mehr Reisende aus

Tab. 6
Ausgewählte Dienstleistungsbranchen
Regressionsschätzungen (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

Branchen	Umsatz (nominal)				Beschäftigtenzahl			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	0,5	1,8	1,8	2,1	2,1	2,4	2,3	2,5
Luftfahrt	2,8	0,9	2,4	2,8	0,0	3,7	2,6	2,8
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1,5	3,1	2,4	2,7	1,6	2,4	2,4	2,5
Post-, Kurier- und Expressdienste	3,5	– 1,0	1,5	1,7	1,1	– 0,5	0,6	0,6
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	3,8	0,7[a)]	3,1	3,2	1,4	– 0,3	0,6	0,7
Public-Relations- und Unternehmensberatung	4,9	6,2	4,8	5,1	4,0	3,2	4,1	4,2
Architektur- und Ingenieurbüros	– 0,8	7,5	4,0	4,2	3,6	3,6	3,9	4,1
Technische, physikalische und chemische Untersuchungen	4,4	4,9	4,3	4,5	4,1	2,9	4,0	4,1
Sonstige freiberufliche wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	4,9	11,0	7,8	8,0	7,0	2,1	5,3	5,4
Reisebüros, Reiseveranstalter	2,9	2,6	2,9	3,1	2,7	– 1,7	0,9	1,1

[a)] Anhebung der Gebührentabellen nicht voll berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognosen des ifo Instituts.

den ost- und südosteuropäischen Staaten erwartet. Die potenziellen Quellmärkte für Touristen aus dem Ausland dürften somit in Zukunft noch stärker an Bedeutung gewinnen. Hotellerie und Gastronomie in Deutschland sollten sich mit entsprechenden Angeboten auf diese Wachstumsfelder einstellen.

Die Entwicklung im Gastgewerbe wird weiterhin von anhaltenden Strukturwandelprozessen innerhalb des Beherbergungsgewerbes als auch des Gaststättengewerbes begleitet. Maßgebliche Einflüsse auf den deutschen Markt wurden und werden vom Wachstum der Kettenhotellerie und der Systemgastronomie mit teilweise international tätigen Mutterkonzernen ausgeübt. Im Trend nimmt der Verzehr von Speisen und Getränken außer Haus zwar weiter zu, aber gleichzeitig verschieben sich die Marktanteile. Die Unternehmen des Gaststättengewerbes stehen hier zusätzlich in intensivem Wettbewerb mit branchenfremden Anbietergruppen (Ernährungshandwerk, Lebensmitteleinzelhandel, Tankstellen, Kioske etc.).

Die starken Strukturverschiebungen im Gastgewerbe erschweren eine Umsatzprognose. Insgesamt erscheint jedoch in diesem Jahr wie auch in 2016 eine Ausweitung der nominalen Umsätze um rund 3% – und damit in der Größenordnung des Wachstums des nominalen Bruttoinlandsprodukts – als Untergrenze plausibel.

Externe Beiträge

Kompetenz und Partnerschaft auf Augenhöhe

Holger Küster, Managing Director Randstad Professionals

- 2013 ging die Zahl der Beschäftigten in der Zeitarbeit zwar zurück, doch stieg das Marktvolumen aufgrund der Branchenzuschlagstarife und Tariferhöhungen.
- In Deutschland arbeiten weniger als 3% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Zeitarbeit, also ein nur sehr geringer Teil der Erwerbstätigen.
- Dennoch große Bedeutung der Zeitarbeit und Personaldienstleister, da diese mehr als 12% aller Neubeschäftigten in Deutschland einstellten, die anschließend zum Teil auch in andere Wirtschaftssektoren diffundieren.
- In den letzten zwei Jahren gab es eine hohe Frequenz von Änderungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen (Manteltarifvertrag, Equal Pay, maximale Überlassungsdauer). Die Politik sollte darauf achten, dass dabei die Flexibilität für die Unternehmen nicht auf der Strecke bleibt.
- Im Zuge der Regulierung und dem damit deutlich höheren bürokratischen Aufwand in der Branche geht der Trend in der Zeitarbeit zu großen Firmen.
- Gerade die deutschen Kernbranchen setzen Zeitarbeit für hochqualifizierte Tätigkeiten ein. Mit einer Maximaleinsatzdauer von 18 Monaten wird es schwierig, in bestimmten Branchen Projekte zu starten.
- Kernaufgabe der Personaldienstleister: Rekrutierung und Suche von Personal, überregional und international, auch hochqualifiziert. Wirtschaft profitiert, da bspw. im Bereich Professionals rund 66% der Zeitarbeitnehmer später in Kundenunternehmen übergehen.

TÜV Süd Auto Service – von der amtlichen Fahrzeugprüfung zum modernen Prüfdienstleister

Gerhard Müller, Leiter Politik und Wirtschaft, Mitglied der Geschäftsführung, TÜV Süd

- Mit der Liberalisierung der periodischen Fahrzeugprüfungen im Jahre 1989 hat sich die Marktsituation radikal geändert. Quasi-Monopolsituation wurde aufgelöst. Neue Prüforganisationen entstanden in kurzer Zeit. Der TÜV-Marktanteil ging deutlich zurück. Produktportfolio bestand zum damaligen Zeitpunkt aus nur gesetzlich vorgeschriebenen Fahrzeugprüfungen.
- Als Reaktion auf den Rückgang im Kerngeschäft wurden neue Dienstleistungen rund um das Kerngeschäft Hauptuntersuchung entwickelt. Ferner wurde die Internationalisierung des Geschäfts vorangetrieben. Dies wurde am Beispiel des Projekts TÜV TÜRK demonstriert. Es wurden dabei seit 2007 über 3 000 neue Arbeitsplätze in der Türkei geschaffen.
- Ausgehend vom Kerngeschäft, werden dem Kunden weitergehende und umfassende Serviceleistungen angeboten, sozusagen Komplettpakete.
- Beispielsweise werden in den Autowerkstätten eigene TÜV-Mitarbeiter platziert, die die gesamte Wertschöpfungskette von der Fahrzeugbewertung, Abmeldung, Professionelle Fahrzeugaufbereitung, Preisfindung mit Gebrauchtwagen-Tool, Gebrauchtwagenzertifikat, Vermarktung über Internet (Fotoservice inkl. Preisvorschlag) bis zur Zulassung steuern.
- Aufbau spezieller Dienstleistungsketten für unterschiedliche Kundengruppen wie Fuhrparks, Leasing-Vermietgesellschaften, Autobanken und OEM/Hersteller.
- Insgesamt ist TÜF Süd ein gelungenes Fallbeispiel für innovative Dienstleistungen eines traditionellen Anbieters technischer Dienstleistungen.

Zum Abschluss des diesjährigen Branchen-Dialogs referierte Prof. Dr. Gabriel Felbermayr, Leiter des ifo Zentrums für Außenwirtschaft, zu dem aktuellen Thema:

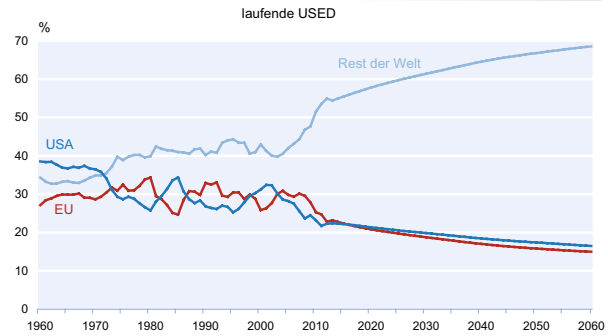
Transatlantischer Freihandel – Chance oder Bedrohung?

Seit Juli 2013 verhandeln die EU und die USA ein Freihandelsabkommen, das als Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) bekannt ist. Hierbei geht es im Wesentlichen um zwei Dinge: (i) den gegenseitigen Marktzugang zu verbessern und (ii) in regulatorischen Fragen zu kooperieren, um nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu senken und um auf die Standards der Zukunft Einfluss zu nehmen. Das erste Ziel ist klassisch und in vielen existierenden Freihandelsabkommen umgesetzt. Mit dem zweiten Ziel betreten die Partner Neuland. Hier setzt auch die wissenschaftliche und politische Diskussion an.

Warum TTIP?

Neue globale Machtverhältnisse. Der Anteil der EU an der Weltwertschöpfung war noch nie so gering wie heute. Im Jahr 2013 betrug er 23%; noch vor zehn Jahren waren es 30%. Der Trend ist weiter fallend, vor allem wegen der demographischen Entwicklung und des geringen Produktivitätswachstums auf dem alten Kontinent. Die USA, die 1960 noch fast 40% der Weltwertschöpfung auf sich vereint hatten, stehen heute bei 22%. Zwischen 1960 und 2000 kam der »Westen« gemeinsam auf einen Anteil von zwei Drittel; langfristig wird dieser Anteil auf ein Drittel des Welthandels sinken. Damit verringert sich der Einfluss, den er auf die Gestaltung der Regeln des Welthandels nehmen kann. Andere Länder und Regionen – China, Indien, Südostasien, Afrika – wachsen deutlich schneller und bauen ihren Einfluss aus. Nur etwa die Hälfte dieser Länder sind allerdings lupenreine Demokratien (gemäß Polity IV); und viele haben ganz andere handelspolitische Präferenzen als Europa (z.B. Indien).

Abb. 38
Anteile am Welt- BIP



Quelle: World Development Indicators (NY.GDP.MKTP.CD) und Prognosen des OECD World Economic Outlook, Mai 2014.

Hohe Bedeutung des Außenhandels. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war der Zugang zu internationalen Märkten wichtiger für den Wohlstand des Landes: Berechnungen von Costinot und Rodriguez-Clare (2014) zeigen, dass mehr als die Hälfte des realen Pro-Kopf-Einkommens Deutschlands verloren gehen würde, wenn der Außenhandel vollständig zum Stillstand käme.

Neue Struktur des Welthandels. In den letzten Jahrzehnten hat sich das Wesen des Welthandels stark verändert. Durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien und das Auftreten neuer Spieler – der Emerging Markets – hat sich die Produktion von Gütern internationalisiert: Güter werden in der Welt für die Welt produziert. Dabei treten regulatorische Inkonsistenzen deutlicher zum Vorschein. Weil Ländergrenzen beim Handel von Vor- und Zwischengütern und beim Handel von Endprodukten überschritten werden, sind die Güter mehrfach durch Verzollung und Bürokratiekosten belastet. Diese neue Struktur erfordert neue Regeln.

Krise der WTO. Die Welthandelsorganisation (WTO), die in der Vergangenheit die Regeln des Welthandels aufgestellt und überwacht hat, ist in einer schweren Krise. Seit ihrer Gründung 1995 hat sie keine Reform ihres Regelwerks bewerkstelligt. Sie leidet unter strukturellen Problemen: Ihre 159 Mitglieder sind extrem heterogen, und jedes hat ein Vetorecht.

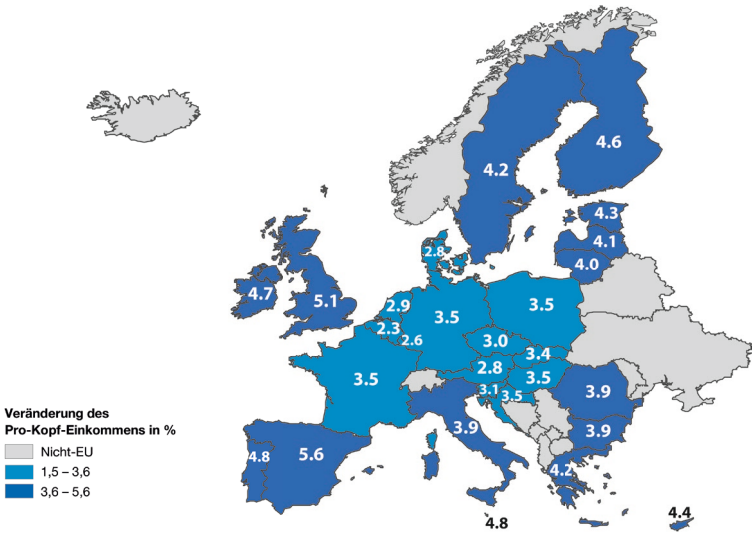
Boom bei regionalen Abkommen. Weil es Regelungsbedarf gibt, weil Außenhandel für die meisten Länder der Erde von existentieller Bedeutung ist, und weil die WTO nicht leistet, werden überall ehrgeizige regionale Integrationsprojekte vorangetrieben. Erst kürzlich hat China eine Asien-Pazifik-Freihandelszone (FTA-AP) vorgeschlagen; die USA verhandeln mit Europa das TTIP und gleichzeitig mit den Pazifikanrainerstaaten ein transpazifisches Partnerschaftsabkommen (TPP); die zehn ASEAN-Staaten in Südostasien verhandeln mit ihren Nachbarn – inklusive China und Indien –, und in Südamerika entsteht die Allianza del Pacifico.

Ökonomische Effekte in Europa

Worin besteht TTIP? Das TTIP-Abkommen soll drei Teile haben: (1) präferentielle Marktöffnung durch Abbau von Zöllen, mengenmäßige Beschränkungen, Öffnung der Märkte für Dienstleistungen und öffentliche Beschaffung; (2) regulatorische Kooperation bei technischen und sanitären Standards; (3) Investitionskapitel. In der ökonomischen Analyse spielen vor allem die Teile (1) und (2) eine wichtige Rolle. Zwar sind die Einfuhrzölle in der EU und den USA bereits relativ niedrig; in bestimmten Bereichen sind sie allerdings noch hoch: Bei Kfz liegen die EU-Importzölle bei 10%, bei verarbeiteten Lebensmitteln und Textilien sind sie auf beiden Seiten des Atlantik in vielen Bereichen noch höher.

Nicht-tarifäre Barrieren. Wichtiger sind die Kosten nicht-tarifärer Barrieren. Diese sind auf divergierende regulatorische Vorschriften zurückzuführen. Diese Divergenz hat im Wesentlichen drei Gründe: (i) Protektionismus. Regulatorische Vorschriften werden willentlich verwendet, um ausländische Produzenten zu diskriminieren; gesundheits- oder umweltpolitische Gründe werden nur vorgeschoben (das mag z.B. im Falle der Chlorhühnchen der Fall sein); (ii) historischer Zufall. Eine Vielzahl von Vorschriften stammt aus Zeiten, in denen Handel keine Rolle spielte, und ist zufällig unterschiedlich (z.B. Regulierungen im Kfz-Bereich); (iii) unterschiedliche Präferenzen. Divergenz kann existieren, wenn Länder unterschiedliche Einschätzungen gegenüber Risiken haben (z.B. Chemiebereich). Vor allem in den Fällen (i) und (ii) kann TTIP Verbesserungen bringen. Verschiedene Studien zeigen, dass die Kosten nicht-tarifärer Barrieren im Durchschnitt bei 20–25% des Produktionswerts und mithin um einen Faktor 10 höher liegen als die Zölle.

Abb. 39
Langfristeffekte auf das reale Pro-Kopf-Einkommen in der EU, %



Quelle: Felbermayr et al. (2014).

Methodik der TTIP-Evaluation. Die Ex-ante-Analyse eines Abkommens, das noch nicht ausverhandelt ist, ist naturgemäß schwierig. Der ifo-Ansatz besteht darin, bei der Definition des TTIP-Szenarios messbare Effekte existierender Abkommen zugrunde zu legen. Die Hypothese ist also, dass ein TTIP die Handelskosten zwischen der EU und den USA so absenkt, wie dies andere Abkommen für andere Länder getan haben. Dies scheint eine seriösere Vorgangsweise zu sein, als Ad-hoc-Annahmen über die Handelskosteneffekte von TTIP zu machen. Diese Annahme wird dann in einem Simulationsmodell mit vielen Ländern implementiert. TTIP wirkt über drei Kanäle: (i) Durch Spezialisierungsgewinne, die Ermöglichung von Skalenvorteilen, und durch Transaktionskostenersparnisse führt es zu einem effizienteren Ressourceneinsatz. Auch verbessert sich die Reallokation der Arbeit über Firmen: Weil produktive Firmen wachsen und unproduktive Firmen schrumpfen, steigt die durchschnittliche Produktivität der Arbeit. (ii) In offenen Märkten herrscht schärferer Wettbewerb; dies sollte die Monopolaufschläge reduzieren und es wahrscheinlicher machen, dass Firmen ihre Kostenvorteile aus TTIP an die Konsumenten weitergeben. (iii) Durch niedrigere fixe Handelskosten sollte die Produktvielfalt steigen, was wiederum den Konsumenten zugutekommt.

Wohlfahrtsgewinne für Europa. Felbermayr et al. (2014) berichten über die auf solche Weise errechneten Effekte auf das Niveau der realen Pro-Kopf-Einkommen in den EU-Staaten. Deutschland kann mit einer Erhöhung von circa 3,5% rechnen. Dies bedeutet einen Wachstumsbonus von jährlich etwa 0,3 Prozentpunkten über zehn bis zwölf Jahre. Der durchschnittliche Effekt liegt bei 3,9% in der EU; Länder in der Peripherie gewinnen etwas mehr als jene im Zentrum: Denn die zentralen Länder sind schon heute deutlich offener, weil sie aufgrund der Geographie einen besseren Zugang zum EU-Markt haben. Berechnungen mit anderen Methoden, z.B. von Aichele et al. (2014), weisen ebenfalls erhebliche positive Effekte für Deutschland aus (2,6%). Es existieren jedoch erhebliche Unsicherheiten, da die genaue Ausgestaltung des Abkommens heute noch nicht absehbar ist.

Was TTIP noch bringt. Vier weitere wichtige Effekte sind aus EU-Perspektive wichtig: (i) Durch TTIP würde der Intra-EU-Handel zu Gunsten des Handels mit den USA an Bedeutung verlieren; im Automobilbereich könnte es einen Rückgang von durchschnittlich circa 10% geben. Gleichwohl führt TTIP zu einer leichten Reindustrialisierung Europas. Die EU hat relativ zu den USA noch immer einen komparativen Vorteil im produzierenden Gewerbe, und dieser Vorteil würde durch TTIP gestärkt. Die Berechnungen von Aichele et al. (2014) ergeben einen Zuwachs des Wertschöpfungsanteils von circa 0,4 Prozentpunkten für die EU; in Deutschland liegt der Effekt höher. (iii) Weil ein TTIP durch die regulatorische Kooperation die fixen Kosten des Exportierens absenken könnte, würden Unternehmen mit exportfähigen Produkten, die heute noch nicht in die USA liefern, dazu in die Lage versetzt. Umgekehrt würde der verstärkte Wettbewerb durch amerikanische Wettbewerber »schwache« Produzenten in der EU in Schwierigkeiten bringen. (iv) Größere Märkte erhöhen den Ertrag aus erfolgreichen wirtschaftspolitischen Reformen, sie machen aber auch das Festhalten an ineffizienten Strukturen noch problematischer. Daraus folgt, dass TTIP zusätzliche Reformanreize liefern sollte.

Bringt TTIP neue Jobs? In der Kommunikation der EU-Kommission oder der Bundesregierung wird häufig auf die positiven Beschäftigungseffekte eines TTIP verwiesen. Aber Handelspolitik ist weder Konjunktur- noch Arbeitsmarktpolitik und kann für die Korrektur struktureller Probleme auf den Arbeitsmärkten kaum etwas direkt beitragen. Gleichwohl gibt es zahlreiche Studien, die belegen, dass höherer Wettbewerb auf Produktmärkten die Arbeitslosigkeit senken kann. Firmen mit Monopolmacht produzieren zu wenig und fragen daher zu wenig Arbeit nach. Fällt – etwa durch niedrigere Handelskosten – die Monopolmacht, dann wächst der Output, und die Arbeitsnachfrage geht nach oben. In der langen Frist könnte, gemäß den Berechnungen des ifo Instituts, TTIP auf diese Weise 40 000–160 000 neue Jobs in Deutschland schaffen. Das ist ein Zuwachs der Beschäftigung von 0,1 bis 0,4%; ein willkommener Zuwachs, aber kein Jobwunder.

(Einige) Streitpunkte

TTIP ist heftig umstritten. Es gibt hier eine ganze Reihe von Themen, die einer näheren Betrachtung würdig wären. An dieser Stelle muss allerdings eine Auswahl getroffen werden. In der Folge wird in aller Kürze auf die Problematiken (i) des Investitionskapitels, (ii) der Vereinheitlichung von Standards, (iii) des Agrarsektors und (iv) der Entwicklungslandeffekte eingegangen.

Ja zu einem Investitionskapitel. Die Realität der internationalen Produktionsnetzwerke erfordert ausländische Direktinvestitionen. Außerdem können viele Dienstleistungen nur erfolgreich exportiert werden, wenn ausländische Niederlassungen existieren. Das Investitionskapitel in TTIP wird daher eine Liberalisierungsklausel beinhalten: Diese erfordert, dass ausländische Investoren gegenüber Inländern nicht diskriminiert werden dürfen. Sollte eine Stadt ein Kraftwerk verkaufen wollen, so würde dieses Kapitel bedeuten, dass amerikanische Investoren mitbieten dürfen. Das TTIP wird auch Bestimmungen zum Investitionsschutz enthalten: Wenn eine Investition erfolgt ist, muss der ausländische Investor so behandelt werden wie ein inländischer; er muss bei Enteignungen adäquat entschädigt werden, und er muss Gewinne in sein Heimatland transferieren dürfen. Schließlich ist auch ein Streitschlichtungsverfahren vorgesehen, das es ausländischen Investoren erlaubt, außerhalb der normalen Gerichtswege, den Staat bei Verletzungen der Vereinbarungen zu verklagen. Ein Diskriminierungsverbot ist sicher sinnvoll; doch sollte das Investitionsschutzkapitel nicht dazu führen, dass die EU Haftung für politische Risiken der Mitgliedstaaten übernimmt. Es wäre daher sinnvoll, den Anwendungsbereich des Kapitels auf jene Bereiche zu begrenzen, für die die EU tatsächlich Kompetenz hat: ausländische Direktinvestitionen. Staatsschulden, Portfolioinvestitionen und Finanzdienstleistungen sollten ausgeschlossen sein. Ob es Investor-Staat-Schiedsgerichte (ISDS) braucht, ist selbst dann fraglich.

Vorsicht bei ISDS in TTIP. Laut Angaben der UNCTAD gibt es circa 3 200 Investitionsschutzabkommen weltweit. Im Jahr 2013 gab es 56 Streitfälle – das scheint wenig, ist aber deutlich mehr als noch vor zehn Jahren. 40% der Streitfälle 2013 sind Intra-EU-Fälle und beziehen sich auf den Energiesektor. Bis 2013 sind 31% der Fälle zu Gunsten der Investoren entschieden worden; in den anderen Fällen gab es Vergleiche, oder es gewann der Staat. Offensichtlich sind also viele Bedenken, die in der öffentlichen Debatte kursieren, übertrieben. Gleichwohl ist bei ISDS Vorsicht geboten. Es ist für die allermeisten EU-Mitgliedstaaten nicht notwendig, denn US-Investoren haben guten Zugang zu objektiven Gerichten. Mitgliedstaaten, in denen dies zweifelhaft ist, haben bereits Investitionsschutzabkommen mit ISDS mit den USA. Den demokratiepolitischen Bedenken an dem Verfahren stehen keine wesentlichen zu erwartenden Vorteile gegenüber, so dass man von ISDS Abstand nehmen sollte.

Re-Regulierung, nicht De-Regulierung. Das Mandat der EU-Kommission enthält keinen Auftrag zur Deregulierung. Es geht vielmehr darum, die Regulierung so anzupassen, dass der Handel nicht behindert wird. Dazu müssen Standards nicht gesenkt werden. Die Verhandlungen sollten auf optimale, nicht minimale oder maximale Regulierung abzielen. Das macht den Prozess natürlich extrem schwierig und wird zunächst nicht in gemeinsame Standards münden können. Eher ist damit zu rechnen, dass man in bestimmten Branchen – Kfz, Pharma, Kosmetik, Medizintechnik, Maschinenbau, Chemie – Produktzulassungen gegenseitig anerkennt, wenn die Gleichwertigkeit der erwünschten Ziele der Regulierung sichergestellt ist. Ähnliches gilt für die gegenseitige Anerkennung von Produktionsprozessen oder Testresultaten. Wenn TTIP eine Koordination zwischen der EU und den USA bei neuen Regulierungen erzwingt, könnte dies dazu führen, dass bessere und weniger Gesetze gemacht werden. Das könnte erhebliche Vorteile bringen. Die geplanten Regulierungsräte stehen allerdings stark in der Kritik. In der Tat sollte man darauf achten, dass die Mitwirkung der Parlamente sichergestellt ist. Trotzdem sind Regulierungsräte für das Gelingen der transatlantischen Partnerschaft wichtig: Ohne sie wird es nicht möglich sein, Einfluss auf die Standards bei neuen Produkten – von Nano- und Biotechnologie bis zu 3D-Printing und dem Internet of Things – Einfluss zu nehmen.

Der Agrarsektor. Er macht in Deutschland weniger als 1% des BIP aus. Etwa die Hälfte der Einkommen der Landwirte besteht aus Transfers der öffentlichen Hand. Dennoch hat sich in Handelsabkommen der Agrarsektor als ein zentraler Problembereich herausgebildet. Dies hat viele Ursachen, auf die hier nicht eingegangen werden soll. Auffällig ist aber, wie gering der transatlantische Agrarhandel ist.

Gemeinsam mit verarbeiteten Lebensmitteln macht er gerade 4% des transatlantischen Handels aus. Dies ist auf die hohen Handelsbarrieren in diesem Sektor zurückzuführen und macht das Potenzial für eine weitgehende Liberalisierung offenkundig. Gemäß einer ifo-Studie (vgl. Bureau et al. 2014), könnte der Agri-Food-Sektor in Deutschland in Folge von TTIP 0,7% seines Einkommens verlieren. Die Konsumenten würden allerdings von niedrigeren Nahrungsmittelpreisen profitieren.

Entwicklungsländer als Verlierer? Das Verhandlungsmandat der EU enthält keine expliziten entwicklungslandspezifischen Ziele. Modellrechnungen von Felbermayr et al. (2014) und Aichele et al. (2014) machen klar, dass TTIP für viele Entwicklungsländer eine Herausforderung darstellen könnte. Einerseits könnten diese in der EU und den USA Marktanteile verlieren, weil Firmen aus den TTIP-Ländern in diesen Märkten an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewinnen (z.B. durch den Wegfall von Zöllen). Andererseits könnten höhere Einkommen in der EU und den USA die Nachfrage nach Rohstoffen, industriellen Vorleistungen, finalen Gütern und Tourismusdienstleistungen steigern. Daher ist ex ante unklar, ob Entwicklungsländer gewinnen oder verlieren. Für eine entwicklungsfreundliche Ausgestaltung des TTIP wäre notwendig, dass man großzügige Ursprungsregeln anwendet, Güter aus Drittstaaten in die gegenseitige Anerkennung von Standards miteinbezieht und verhindert, dass der Wegfall von Zöllen innerhalb von TTIP zu einem stärkeren Gebrauch protektionistischer Instrumente gegenüber Entwicklungsländern führt.

Schlussfolgerungen

TTIP ist eine große geostrategische Chance für Europa und ein Mittel, unseren Einfluss auf die Welthandelsordnung der Zukunft zu sichern. TTIP bietet auch die Chance, das Niveau des Pro-Kopf-Einkommens in Europa langfristig anzuheben: einerseits, durch direkte Effekte, wie sie in der Außenhandelsforschung beschrieben werden, andererseits auch durch das Anstoßen weiterer Reformen. Damit TTIP funktionieren kann, muss es gemeinsame Regulierungsräte mit den USA geben. Investor-Staat-Schiedsgerichte sind hingegen nicht zwingend nötig. In jedem Fall sollte das Investitionskapitel auf die Kompetenzen der EU beschränkt bleiben.

Literatur

Aichele, R., G. Felbermayr und I. Heiland (2014), »Going Deep: The Trade and Welfare Effects of TTIP«, CESifo Working Paper, Dezember.

Bureau, J.-C., A.-C. Disdier, C. Emlinger, G. Felbermayr, L. Fontagne, J. Fouré und S. Jean (2014), *Risks and Opportunities for the EU Agri-Food Sector in a Possible EU-US Trade Agreement,* Study for the EU Parliament, IP/B/AGRI/IC/2013_129, Juli.

Costinot, A. und A. Rodríguez-Clare (2015), »Trade Theory with Numbers: Quantifying the Consequences of Globalization«, in: G. Gopinath, E. Helpman und K. Rogoff (Hrsg.), *Handbook of International Economics,* Vol. 4, Elsevier, München.

Felbermayr, G., B. Heid, M. Larch und E. Yalcin (2014), »Macroeconomic Potentials of Transatlantic Free Trade«, preliminary version of a paper prepared for the 60th Panel Meeting of *Economic Policy,* October 2014.